

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er scheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 2,- Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdigersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdigersdorfer Straße 60.
Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lütow, 2513.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 28. Berlin, den 14. Juli 1912. 13. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Allgemeines.
Das Jahr 1911 hat die christlichen Gewerkschaften jeder um ein gutes Stück vorwärts gebracht — trotz aller Kämpfe, die sie nach den verschiedensten Richtungen hin auszufechten hatten. Durch diese Kämpfe sind lediglich stets breiteren Kreisen immer klarer die Notwendigkeit einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Deutschland zum Bewußtsein gebracht. Sie sind sonach ein Teil der Kraft, die das Böse will im letzten Endes doch nur das Gute schafft — für die christliche Gewerkschaftsbewegung.
Weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften einer vorläufigen Grundlage ermangeln, sich vielmehr wirtschafts- und staatspolitisch einfach zu den Grundgedanken der sozialdemokratischen Partei bekennen, sehen die christlichen Gewerkschaften immer mehr gezwungen, ihre von der Sozialdemokratie abweichende Stellung zu den verschiedensten Problemen, die sie betreffen, auch theoretisch zu umschreiben. Aus diesem Gesichtswinkel heraus wurde im Berichtsjahre in dem führenden Organ der christlichen Gewerkschaften die Stellung sowohl zum Staate und zu den Unternehmern wie überhaupt zur Volkswirtschaft scharf umschrieben, was zu einer lebhaften öffentlichen Auseinandersetzung führte.
Die Art und Weise, wie diese Auseinandersetzung erfolgte und das starke Maß der Beteiligung an derselben von den verschiedensten Lagern her bewiesen, daß Entwicklung und Tätigkeit unserer Bewegung mit mehr Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt werden, als es die Gegner wahr haben wollen. Die heutige Arbeiterchaft ist es ihrem eigenen wohlwollenden Interesse schuldig, die richtigen Konsequenzen aus unserer wirtschaftlichen Entwicklung abzuleiten. Diese gebieten aber, die wirtschaftliche Entwicklung, soweit sie gesund sind, fördern zu helfen, den Anteil der Arbeiter an ihren Ergebnissen in einem höchstmöglichen Grade sicherzustellen. Letzteres kann mit um so größerem Erfolg geschehen, je mehr namentlich folgende Vorbedingungen erfüllt sind: Der Unternehmer muß dadurch, daß er seine sozialen Funktionen im Wirtschaftsprozess von den Arbeiterorganisationen anerkannt sieht, gewissenmaßen in die moralische Zwangslage zur Verständigung mit denselben gedrängt werden; das Interesse des Staates an der Arbeiterschaft als der weitestgehenden Schicht der Erwerbstätigen ist dadurch sicherzustellen, daß die Arbeiterschaft dem Staate gibt, was der Staat ist; diese einwandfreie Stellungnahme der Arbeiter zum Staat und Unternehmern wird dann von selbst die öffentliche Meinung, die mehr denn je in den Wirtschaftskämpfen von entscheidender Bedeutung ist, auf Seiten der Arbeiter und ihrer Organisationen erhalten. Das ist gewiß alles eher als eine sentimentale Liebeserklärung an Staat und Unternehmer. Es handelt sich vielmehr um eine sehr realistische, ja mächtige Betrachtung der Dinge, in der Mittelpunkt der Vorteil der Arbeiter ist. In dem Maße, wie es unter den gegebenen Verhältnissen der einzige Weg, um zum Ziele zu kommen und für soziale und geistigen Aufstieg des Arbeiters die fundamentale Grundlage in seiner materiellen Besserstellung zu schaffen.
Diese Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, derentwegen sie von der sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse heftig angegriffen

wurden, deckt sich im Grunde genommen durchaus mit dem, was Bernstein von der Gewerkschaft verlangt: „Sie (die Gewerkschaft) wird nie außer acht lassen, daß sie nur ein Glied im großen Organismus der gesamten Volkswirtschaft ist, deren Gedeihen an den Produktionsfortschritt, die Hebung der Produktivität und die Verbesserung des Geschmacks gebunden ist.“ Nur der Fortschritt, der dem Gesamtorganismus zugute kommt, gereicht, nach demselben Bernstein, auch der Gewerkschaft zum Vorteil.

Einschränkung des Koalitionsrechtes.
Gelingt es übrigens, der öffentlichen Meinung eine Auffassung von der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Einwirkung zu eigen zu machen, wie sie in vorstehendem angedeutet wurde, dann ist das der wirksamste Schutz gegen die Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, wie sie im Berichtsjahre auf Seiten der Arbeitgeber von der schärferen Tonart mit gesteigertem Nachdruck in die Erscheinung traten. Diese Bestrebungen, die sich wie eine Krankheit forterben, und vor denen man daher niemals sicher ist, müssen in der Deutlichkeit deutlich als ein Uebel, das die gesunde Entfaltung des Gesamtorganismus hemmt, aufgedeckt und gekennzeichnet werden. Das deutsche Wirtschaftsleben ist, infolge seiner heiß umstrittenen Stellung auf dem Weltmarkt, mehr wie irgendein anderes auf die Entfaltung der Initiative des Arbeiters angewiesen. Diese Initiative bedingt aber ein gewisses Freiheits- und Selbstständigkeitsgefühl des Arbeiters, an das jedoch bei dem einzelstehenden Arbeiter, eben infolge des ihn als einzelnen niederdrückenden Gefühls der Hilflosigkeit im Verhältnis zu der heutigen Uebermacht namentlich des unpersönlichen Betriebes, nicht zu denken ist. Erst die Organisation löst die Kräfte im Arbeiter aus, die ihm das Bewußtsein der Persönlichkeit wiedergeben. Darum handelt es sich auch bei den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter um eine Bewegung, an deren Verlauf und Entwicklung das gesamte Volk interessiert ist. Es stehen dort Werte auf dem Spiel, deren Inanspruchnahme vor einem, nach heutiger Auffassung nicht mehr berechtigten patriarchalischen Empfinden unmöglich halt machen konnte. Der Gesetzgeber seinerseits hat dieser Entwicklung der Dinge durchaus Rechnung zu tragen.

Stellung zum Einigungswesen.
Dieselben Arbeitgeber, die sich so besorgt stellen wegen des angeblichen Mißbrauches des Koalitionsrechtes, unter Hinweis auf die dadurch herbeigeführte „Gefährdung des Nationalwohls“, können ein gelegentliches Durchbrechen ihrer wahren Natur nicht verhindern, wobei dann alles andere als ein wohlgemeinter Patriarchalismus zutage tritt, geschweige denn die Sorge um das Nationalwohl. Als im Berichtsjahre die Bestrebungen angesehener Sozialpolitiker, das Einigungswesen, den heutigen Bedürfnissen entsprechend, auszubauen und damit dem nationalen Wirtschaftsmarkt die ärgsten Erschütterungen zu ersparen, in steigendem Maße die Sympathie der Öffentlichkeit fanden, gestellte der fanatische Schrei der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ in die Auseinandersetzungen hinein: „Dann lieber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitskämpfe, als sie uns bisher schon beschieden war.“ Dieser Ausruf spricht für die Psychologie der betreffenden Arbeitgeberkreise geradezu Bände. Er sollte die an dem Ausbau des Einigungswesens interessierten Kreise erst recht in ihren Bestrebungen bestärken. Bekanntlich haben die Organe der betreffenden Arbeitgebergruppen den angeblichen Bankrott des Einigungswesens mit Zahlen beweisen wollen. Die Äußerung

der „Arbeitgeber-Zeitung“ zeigt aber, wie wenig man sich selbst von solchen Beweisen verspricht. Denn, wer sich seiner Sache sicher fühlt, ist auch vor derartigen Ausbrüchen der Leidenschaft geschützt. Insbesondere sollten die Ereignisse in England, und von diesen namentlich wieder der im Berichtsjahre stattgehabte Generalstreik der Eisenbahner, das Versagen des Einigungswesens dartun. Tatsächlich konnte das Gegenteil nachgewiesen werden, indem die englischen Eisenbahngesellschaften die bestehenden Einigungsinstanzen ignorierten und dadurch die Leute geradezu zum Kampf aufhetzten. Es ist ja auch die natürlichste Sache von der Welt, daß ein vernünftiger Einigungsapparat, der nicht die Karrikatur eines solchen ist, und dessen einwandfreies Funktionieren gewährleistet wird, die gewerbliche Explosionsgefahr wesentlich vermindert. Zumal in Deutschland, von dessen lebender Generation der größte Teil in sozialpolitischen Anschauungen aufgewachsen ist, und dessen öffentliche Meinung sich daher weder Arbeitgeber noch Arbeiter gern verschärfen wollen.

Die christlichen Gewerkschaften haben die Frage einer besseren Regelung des Einigungswesens im Berichtsjahre mehrfach diskutiert und Vorschläge in diesem Sinne gemacht. Unter Hinweis auf die von ihnen gemachten Erfahrungen verlangen sie eine solche Art der Regelung, daß auch den Widerheitsorganisationen die Möglichkeit geboten wird, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Schieds- und Einigungsinstanzen müssen vom ersten bis zum letzten Glied die Gewähr einer wirklichen Unparteilichkeit bieten und jeder Willkür einen Riegel vorchieben. Prinzipiell treten die christlichen Gewerkschaften auch für die Schaffung eines Reichseinigungsamtes ein, nicht als einer rein bürokratischen Behörde, sondern als einer aus dem wirklichen Leben organisch herauswachsenden Institution. Ihr würde eine weite Mitwirkung auf dem Gebiete der Vorbereitung und Schaffung eines Arbeitsrechtes einzuräumen sein, indem sie für eine Vereinheitlichung der auf den Arbeitsvertrag bezüglichen Rechtsprechung einzutreten und zu wirken hätte. Die Bedürfnisse des gewerblichen Lebens haben längst schon den Rahmen gesprengt, innerhalb dessen sich das heutige, ganz anderen Voraussetzungen angepaßte Recht bewegt. Neben diesem Recht und in einzelnen Bestimmungen sogar gegen dasselbe hat das Leben mit seiner unbegrenzten Logik ein schnell anwachsendes Stück eines neuen Rechtes der Arbeit geschaffen, bei dem es sehr darauf ankommt, daß ihm nach und nach eine einheitliche Form gegeben werde. Dabei sollte man aber auf die verständnisvolle Mitwirkung derjenigen Institutionen setzen, deren Tätigkeit die neuen Rechtsauffassungen mit in erster Linie ins Leben gerufen hat: die Gewerkschaften. Diese haben gerade auf dem hier in Rede stehenden Gebiete auch für den Nutzen stehenden deutlich erkennbar eine kulturelle Wirksamkeit ersten Ranges entfaltet und sich als wirkliche Kulturbewegung erwiesen. Mit ihren Tarif-, Schieds- und Einigungsbestrebungen beginnt das Rechtswesen einen weniger formalistischen, einen mehr freisinnigen, vor allem aber sozialen Zug in sich aufzunehmen, wie er der heutigen Auffassung vom Zwecke des Rechtes entspricht. Der Uebergang wird auch hier kein leichter sein. Eben deshalb aber empfiehlt es sich, die Ueberleitung durch die Schaffung eines Sonderrechtes, des Arbeitsrechtes, anzustreben, nicht aber durch die Verdichtung des heute schon bestehenden Paragraphengestrüppes, indem man ein neues Reis auf einen alten Stamm zu pflanzen sucht — weil eben in manchem Wesenszugleichheit besteht. Allerdings ist dabei zugleich an die Gewerkschaften die Forderung zu richten, daß sie sich selbst

bleiben. Das Berichtsjahr hat einzelne Fälle gezeigt (wir erinnern auch an dieser Stelle nochmals besonders an das Vorgehen der Berliner Maschinenmeister), wo es sich zeigte, daß Gewerkschaften das Recht in sich achteten, das sie sich selbst geschaffen. Wer unsere vorstehend ausgesprochenen Ansichten akzeptiert, wird es verstehen, warum wir von den Gewerkschaften unter normalen Verhältnissen die strikte Einhaltung der eingegangenen Rechtsverpflichtungen mit größtem Nachdruck immer wieder fordern.

Christliche Gewerkschaften und Streik.

Die Treue der Gewerkschaften gegen sich selbst scheint durchaus nicht allgemein als die Selbstverständlichkeit angesehen zu werden, wie man wohl annehmen könnte. Das hat sich im Berichtsjahre, und im laufenden Jahre erst recht, deutlich gezeigt in den aller Maß übersteigenden Anpöbelungen und Verdächtigungen, denen sich die christlichen Gewerkschaften ausgesetzt haben wegen ihrer Stellung zum Streik. In dem Programm der christlichen Gewerkschaften, wie es durch die Mainzer Leitsätze formuliert wurde, wird gesagt, daß „die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von versöhnlichem Geiste durchweht und getragen sein“ soll. Insbesondere aber heißt es: „Der Ausstand darf nur als letztes Mittel, und wenn Erfolg versprechend, angewandt werden.“ Es kann zugegeben werden, daß auf diese Programmpunkte in den letzten Jahren mehr Nachdruck gelegt worden ist, wie in der „Sturm- und Drangperiode“ der Bewegung. Ueber die Gründe brauchen sich aber unsere Gegner nicht so den Kopf zu zerbrechen, wie sie es zu tun vorgeben. Die Erklärung liegt in ihrem eigenen Verhalten. Der machtvollste Ausschlag der deutschen Gewerkschaften fällt in die Zeit der Hochkonjunktur, die zwischen dem Abschluß der deutschen Wirtschaftskrisis im Anfang des Jahrhunderts und der amerikanischen Krisis vom Jahre 1907 lag. Wer sich darüber klar werden will, wie sehr in dieser Periode die Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaften ihren Anteil am Wirtschaftsbeitrag erhöht haben, vergleiche einmal die Lohnsätze in den wichtigsten Berufen mit starker Organisation am Anfang des Jahrhunderts und am Ende der Hochkonjunktur. Es war eine Zeit, wo die Arbeiter die Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisationen sozusagen mit den Händen greifen konnten; daher der gewaltige, massenartige Zustrom in die Gewerkschaften. Sehr oft erschien den Leuten die Organisation in der Hauptsache als die Institution, die eine ihnen notwendig scheinende Lohnbewegung geordnet zu leiten und mit der größtmöglichen Aussicht auf Erfolg zu Ende zu führen geeignet war, was in den Aufschwungsjahren auch meist gelang. Dann aber kam die Krisenperiode mit ihren starken Anforderungen an die gewerkschaftliche Disziplin. Den vielfach noch ungeschulten Massen mußte mit geradezu übermenschlichen Anstrengungen eine gewerkschaftliche Erziehung vermittelt werden: sie mußten lernen, in der Gewerkschaft etwas anderes als eine bloße Streikvereinigung zu erblicken. Mit dem Anwachsen der Gewerkschaften war auch ihre Verantwortlichkeit gestiegen. Und die Mit-

glieder mußten sich an den Gedanken gewöhnen, daß nicht das Maß ihrer Wünsche für die Haltung der Gewerkschaft ausschlaggebend sein kann, sondern das Maß des wirklich Erreichbaren. Weil sodann auch die Beiträge durchweg gesteigert worden waren, begannen die Generalversammlungen eifersüchtig, genauer wie das solideste und gesundeste Geschäftsfondsamt, darüber zu wachen, daß die Fonds nicht zu riskanten Spekulationen verwendet würden. In dieser geklärten Situation erschienen denn auch Versuche, wie sie namentlich der sozialdemokratische Bergarbeiterverband unternahm, zur Stärkung der eigenen Position die Organisation zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, selbst dem einfachsten Mitglied mehr und mehr als das, was sie waren: als ein va banque-Spiel, dessen Ausgang immer die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen schwächen, wenn nicht zerkümmern mußte. Und demgegenüber zeigten die christlichen Gewerkschaften nicht nur die Zähne, sondern sie nahmen die strikt ablehnende Haltung ein, die ihnen ihre Grundsätze auferlegten, nicht ohne die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wo der Herd der Fäulnis sitze.

Dieser einfache geschichtliche Rückblick beantwortet die Frage, ob hinsichtlich der Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zum Streik eine grundsätzliche Veränderung eingetreten sei, mit einem runden Nein. Zum Ueberflus zeigt die Rubrik „Klassenverhältnisse“ in diesem Jahresbericht, daß die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre einen kaum geringeren Betrag an Streik- und Gemäßigtenunterstützung ausgegeben haben, wie im Vorjahre, wo dieser Posten die höchste bis hierfür überhaupt erreichte Höhe aufwies. Sieht man von dem hohen Betrag ab, den die Bauarbeiter infolge ihrer großen Bewegung in 1910 verausgaben mußten, so stellt sich das Berichtsjahr sogar als das an Bewegungen reichste Jahr für die christlichen Gewerkschaften dar. Braucht es eine überzeugendere Sprache dafür, daß die christlichen Gewerkschaften sich auch in dieser Beziehung nicht geändert haben? Die Gewerkschaften können eben den Streik als letztes Mittel nicht entbehren, insbesondere so lange nicht, als viele Arbeitgeberorganisationen und Unternehmer eine Haltung einnehmen, die die Gewerkschaften gegebenenfalls gerade zum Streik zwingt, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen, so lange auch nicht, als man mit allen Mitteln nach dem äußersten Rajfinement in der Ausperrungstaktik strebt. Man wird uns auch ferner auf dem Plan finden, wo es nottut, zwar unserer Verantwortung bewußt, aber eben darum so entschieden wie nur möglich bereit, zu tun, was die Stunde heischt.

Die Jugendfrage.

Die vorstehend im Zusammenhang berührte Erziehungsfrage ruft wie von selbst den Gedanken an ein Problem nach, das auch im Berichtsjahre im Vordergrund des Interesses stand und dem die christlichen Gewerkschaften daher ein besonderes Augenmerk zugewendet haben: die Jugendfrage. Wie die christlichen Gewerkschaften für ihre speziellen Bedürfnisse in eine Regelung dieser Frage eingetreten

sind, ist im „Zentralblatt“ in ausführlichen Artikeln und neuerdings noch im Bericht des Ausschusses das Jahr 1911 in Kürze dargelegt worden. Hier mögen einige Bemerkungen allgemeinerer Natur Platz finden. Auf einer Konferenz, welche die Gesellschaft für Jugendreform im Mai des Berichtsjahres abhielt, wurde mit einer Fülle von Material belegt, daß das Jugendproblem nicht nur eine Erziehungsfrage rein geistiger und sittlicher Art ist, sondern daß sie, so namentlich die Arbeiter in Frage kommen, in sehr hohem Maße ein Stück Arbeiterschutz und Gewerkschaftshygiene ist. Dementsprechend hat ja auch die amtliche Jugendpflege, wie sie neuerdings Preußen mit nicht unbeträchtlichen staatlichen Mitteln in Angriff genommen, sowohl den Ausbau der Fortbildungsschulen wie auch die sogenannte körperliche Ertüchtigung ihr Programm geschrieben. An sich kann dieses Vorgehen nur begrüßt werden. Weil wir aber noch am Anfang der Entwicklung dieser Dinge stehen, ist es gut, daran zu erinnern, daß die staatliche Regelung nicht dazu da sein kann, die private Initiative, die viel mehr Liebe und Anpassung an die besonderen Verhältnisse Jugendpflege zu betreiben geeignet ist, brutal an die Seite zu schieben. Dazu kommt es allerdings, wenn die Sache in den bisher eingeschlagenen Bahnen ihren Fortgang nimmt. Die konfessionellen Jugendvereine müssen es schon heute erleben, wie Staat ihnen ein Tätigkeitsgebiet nach dem anderen nimmt oder sie wenigstens, wie bezüglich des Jugenddeutschlandbundes, zu Kompromissen zwingt, wo sie nicht eine unbecommene mächtige Konkurrenz auf diese Weise gekehrt haben wollen. Daneben wird eine Regelung des Fortbildungsschulwesens angestrebt, nach und nach die Jugendlichen gewissermaßen einem staatlich überwachten Zwang zwingt. Für freie Zeit endlich folgt in der Absicht der eifrigen Vertreter des Systems die eine patriotische Veranlassung der anderen, so daß der junge Mensch in seinen Jugendjahren nicht zum Nachdenken über sich selbst und seine Bestimmung kommen würde. Was wird die Folge sein? Ein riesiger Rajenjammer, der die jungen Leute nach ihrem Erwachen gerade in das Lager treibt, vor dem man sie behüten wollte. Gewiß hat man sie vielleicht in der Zeit der Fortbildungsschule an sich gefesselt; aber die Arbeitsstätte und die Wirken auf derselben in der stetigen Gesellschaft erwachsener Arbeiter tut doch das Ihrige, daß die jungen Arbeiter wenigstens später an den ihnen nun eintorbereiteten seelischen und Interessentkonflikten nicht vorbeikommen, vor denen eine überlaute Jugendpflege sie anscheinend bewahren will. Wir sind nicht eine schwarze Fäule aus Prinzip. Wir möchten nur warnen, ehe es zu spät ist.

Was soll die Jugendpflege? Soweit die Arbeiterjugend in Betracht kommt: Schutz gewähren gegen körperliche und seelische Degeneration; zu staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen. Man braucht über diesen Zweck nur klar zu sein, um sich zu überzeugen, daß das keine Paragraphen- oder Eintrichungsarbeit ist, sondern eine Tätigkeit, deren Gelingen Verständnis für die Arbeiterseele und Sachkenntnis voraussetzt. Wer aber verfügt darüber dem Arbeiter gegenüber mehr wie die Gewerkschaft, der

Geographische und sonstige Voraussetzungen der Städteentwicklung.

I.

Bei Völkern auf einer ganz niedrigen Entwicklungsstufe finden wir keine Städte, wenigstens keine Städte in unserem Sinne. Soweit bei den Naturvölkern größere Ansiedlungen entstehen, die wir der Zahl der Einwohner nach als Städte bezeichnen können, sind dies ein Nebenprodukt von Dörfern. Erst auf einer höheren Stufe der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, nachdem schon ein gewisser Verkehr und eine größere Bevölkerungsdichte entstanden sind, werden aus den Kleinansiedlungen Städte. Teilweise geht diese Entwicklung vor sich, indem Dörfer und Dörfer zu Städten werden, teilweise entstehen aber auch Städte auf vollständig unbesiedeltem Boden, wie wir dies namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch in Mittelalter auf dem deutschen Kontinent im Überflusse beobachten können. Soll sich eine Stadt etymologisch günstig entwickeln können, so müssen aber gewisse Voraussetzungen vorliegen. Erst wird die Entstehung sehr schwierig, die Stadt bleibt nur ein kleines, bescheidenes Sandbäckerchen, oder sie muß wieder ganz aufgegeben werden. Es ist deshalb interessant, einmal zu untersuchen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um einer Stadt eine gute Fortentwicklung zu beschützen oder sie überhaupt eine Stadt entstehen zu lassen.

Diese Voraussetzungen sind sehr mannigfaltig, und sie können auch nicht für alle Zeiten gleichmäßig bestehen, sondern je nach dem Stand der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eines Landes oder Bezirkes, je nach der Bevölkerungsdichtigkeit, nach der Art der Verkehrsverhältnisse und nach den politischen Umständen wechseln diese Voraussetzungen ständig. Die Voraussetzungen für Städteentwicklung müssen notwendig in der Zeit des Entstehens andere sein, als in der Zeit des Aufschwunges der Weiterentwicklung. In der Zeit der verhältnismäßig kleinen, bescheidenen Städte mußte in den Verkehr gestellt werden, die Verkehrswege mußten sich wesentlich anders gestalten, als bei der späteren Zeit parallel hinter dem Verkehr in

der Nordsee und als das Mitteländische Meer an Wichtigkeit zurücktrat hinter dem Atlantischen Ozean. Aber auch staatspolitische und zellpolitische Wandlungen und noch viele andere Einflüsse haben einen großen Einfluß auf die Städteentwicklung im allgemeinen und im einzelnen Falle. Ueberhaupt wirken immer mehr Faktoren auf die Entwicklung der Städte ein; denn je verschiedenartiger die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen werden, desto mehr machen sich diese Beziehungen auch in der Entwicklung der Städte bemerkbar, da und dort nur leicht und kaum erkennbar, in anderen Fällen aber um so stärker hervortretend.

Bei einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen ist wohl stets die geographische Lage das entscheidende Moment zur Anlegung und zur Entstehung einer größeren Ansiedlung. Bevor die Menschen Brücken bauen konnten, war eine Ueberschreitung größerer Flüsse und Ströme nur möglich, wo das Wasser flach war. In solchen Stellen mußte sich natürlich auch halb ein Uebergangsverkehr entwickeln, und so entstanden dort auch Ansiedlungen, die sich auswuchsen und zu Städten wurden, wenigstens waren an solchen Orten die Voraussetzungen zur Städteentwicklung gegeben. Eine so alte Verkehrsstraße wie der Rhein hatte zum Beispiel bis weit ins Mittelalter hinein nur eine einzige Brücke. Bei Orten an Flüssen und Strömen kam es auch viel darauf an, ob die Lage des Ortes die Schaffung eines Güterumschlagplatzes zuließ, ob die Schiffe einen günstigen Ankerplatz fanden und ob der Ort so gelegen war, daß aus der Umgebung Güter zur Weiterbeförderung herangezogen werden konnten und weiterab in der Nähe Güter abgesetzt werden konnten. Nach Ankommen der Eisenbahnen erhielten die Knotenpunkte verschiedener Eisenbahnlinien günstige Bedingungen zu einer Weiterentwicklung. Je bedeutender die Linien waren, die an einem solchen Knotenpunkt zusammenliefen, und je mehr Linien sich an einem Orte kreuzten, desto günstigere Voraussetzungen der Städteentwicklung. Das gleiche läßt sich in früheren Zeiten in bezug auf die Landstraßen sagen; je mehr Landstraßen mit Durchgangsverkehr auf einem Punkt zusammenliefen, desto bedeutender die Städteentwicklung. Gute Baugrund, genügendes Baumaterial, gutes Trinkwasser, gesunde Lage usw. Bei Orten im Gebirge führt oft das Auffinden von Metallen

zur Städtegründung. Das sehen wir nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Erdteilen, so namentlich in Amerika. Solche Bergstädte sind oft sehr alt, und können sich erhalten, wenn nach dem Aufhören der Gold- und Silbergrube andere Industrie- und Gewerkszweige ihren Sitz zug halten, oft aber werden solche Bergstädte auch nach dem Aufhören der Erzgrube wieder verlassen, sie verfallen gänzlich, und dort, wo einst Tausende von Menschen lebten, hat sich über den Häusern das Unkraut ergemüht. In Amerika gibt es gegen 100 solcher Städtchen. Kirchen, Rathhäuser, Hotels, Schulen und Wohnhäuser, alles liegt jetzt nach dem Aufhören der Erzgrube öde und verlassen da. Wo einst Zehntausende von Menschen lebten, wohnen jetzt nur noch einige hundert Personen die sich mühsam durchbringen. Da diese Städte oft ganz kurzer Zeit und ganz primitiv aufgebaut worden sind, so verfallen die Baulichkeiten auch sehr rasch wieder und schon in einigen Jahrzehnten wird es wie ein Marsch erscheinen, daß an solchen Orten schon einmal 200 000 und noch mehr Menschen gewohnt haben. Die Stadt Tuzier in Colorado wurde an einem einzigen Tage gebaut. Hunderte von Familien kamen mit ihren fertigen Hausstellen, die alle sorgfältig nummeriert waren an diesem Tage an, und dort, wo noch am Morgen kein Land war, stand schon am Abend eine Stadt mit einigttausend Einwohnern. In der Stadt Lawton in Oklahoma hatten sich in zwei Stunden 8000 Personen angesiedelt. Die Stadt Dawson City, der Zentralpunkt des Goldgebietes von Klondike, wurde in ganz kurzer Zeit einer Stadt mit elektrischen Kraftanlagen, mit großen Warenhäusern, mit Straßenbahnen usw., und ähnlich Beobachtungen über Städteentwicklungen können wir auch in Südafrika sehen. Derartige Städte werden auch in Gegenden angelegt, wo sonst gewiß keine Städte entstehen würden. Der Hunger nach Gold und Silber ist groß, daß selbst die stärksten Hindernisse überwunden werden. In Peru und Bolivia sind Bergstädte angelegt einer Höhe, die der unserer höchsten Alpen Gipfel nahe gleichkommen. Die berühmte Silberbergstadt Potosi liegt 5000 Meter über dem Meeresspiegel.

Aber auch andere Momente können zur Städtebildung und Städteentwicklung führen. So wurden die Kupferpfälze und die Bischofsansiedlungen oft zu Städten. Durch, daß der Bischofsitz in einen Ort verlegt wurde

Vertreter den jungen Arbeiter gerade dort, durch Wort und namentlich durch persönliches Beispiel, zu beeinflussen imstande sind, wo sich der entsprechende Teil ihres jungen Lebens abspielt: auf der Werkstätte? An der Gewerkschaft, auch an der national gerichteten, geht indes die Jugendpflege durchweg in diesem Bogen vorbei. Wir können es gewiß vermessen, daß man in so geringem Maße die christlichen Gewerkschaften zu den Jugendpflegeeinrichtungen zugezogen hat. Wir müssen aber, im Interesse der Jugend und ihrer Zukunft selbst, fordern, daß der Gewerkschaft der Zugang zur Jugend nicht durch eine Jugendpflege sozusagen abgeschnitten wird, der deren Resultat man mindestens sehr gesteigerte Meinung sein kann.

Darum?

Der diesmalige Jahresbericht geht zu einer Zeit ins Land, wo die weitestgehende Öffentlichkeit durch ihre schärfste Anteilnahme an dem Geschehen der christlichen Gewerkschaften aufs nachdrücklichste bestätigt hat, daß die christlichen Gewerkschaften zu einem Faktor geworden sind, ohne den man sich unser öffentliches Leben kaum noch denken kann. Das bezeugt uns: die Zeit, in der wir gestrebt und gearbeitet haben, ist nicht umsonst gelebt. Wir haben uns unseren Platz in verhältnismäßig kurzer Zeit erobert, und die Öffentlichkeit erwartet von uns, daß wir ihn zu behaupten wissen. Die christlichen Gewerkschaften haben selbst kaum jemals soviel und so durchschlagendes Material für ihre Existenznotwendigkeit zusammengetragen, als es in der jüngsten Zeit von dritter Seite zu ihren Gunsten geschehen ist. Es war dies einer von jenen historischen Momenten, wo sozusagen eine Frage auf allen Lippen liegt. Und wir haben es mit Befriedigung und einem gewissen Stolz gesehen, daß unsere Organisationen sich nach allgemeinem Urteil tatsächlich unentbehrlich gemacht haben.

Wie sollen wir auf diese Verfräumdung und -behebung anders und besser antworten, als dadurch, daß wir unsere Reihen mit allen Mitteln zu stärken suchen! Mancher neuer Freund ist gewonnen, und mancher, der bisher noch unentschieden war, ist jetzt bereit, sich für eine Bewegung einzusetzen, die so sehr einem wirtschaftlichen, nationalen und allgemein sozialen Bedürfnis entspricht. An unsere Mitglieder im Lande weitum ergeht die Aufforderung, die Situation auszunutzen. Die Schwierigkeiten, die an ein drohendes Fallen des Wirtschaftsstandes geknüpft wurden, haben sich als unbedeutend erwiesen. Noch ist es Zeit, der Propagandafähigkeit eine breite Entfaltung zu geben. Wenn der Herbst kommt, müssen alle Vorbereitungen zu einer umfassenden Werbung getroffen sein. Wir sind sehr denn je dem ganzen Volke für den Fortschritt unserer Bewegung verantwortlich. Ein jeder sei sich bewußt, daß es auch auf ihn ankommt. Das Werbebestreben ist so auszuhalten, daß es Erfolge zeitigen muß, wenn nur ein jeder den ernststen Willen hat. Auf also, ohne Verzug!

Während ein regerer Verkehr, die Städteentwicklung hatte von Anfang genommen. So manche Städte in Deutschland und Oesterreich, so Köln, Coblenz, Mainz, Augsburg, Regensburg, Straßburg, Worms, Trier, Wien, Salzburg usw. sind aus Grenzbesitzungen und Truppenlagern der Römer entstanden. Wenn diese Städte nach der Zurückführung der Römer auch ihre frühere Wichtigkeit verloren, so blieben diese Orte doch nach mancher Richtung hin Verkehrspunkte für die nähere und weitere Umgebung, und als dann in Deutschland die Städteentwicklung einsetzte, waren es diese Orte, die weiter wuchsen und zu deutschen Städten wurden. Auch die Wallfahrtsorte der einzelnen Religionen wurden infolge des mit den Wallfahrten verbundenen Handels und Verkehrs zu großen Städten. Das sehen wir besonders in Bourges, aber auch bei nichtchristlichen Religionen. In dem berühmten Wallfahrtsort von Vorderindien, in der Stadt Bagamath, kehren im Durchschnitt jeden Tag mehr als 50 000 Pilger ein, und die Bevölkerung lebt fast nur von dem, was die Pilger verschleppen. Ebenso ist es in der berühmten mohamedanischen Wallfahrtsstadt Mekka. Auch der deutsche Wallfahrtsort Regensburg ist in seinen Bedienstendlichkeiten fast ganz auf die Wallfahrer angewiesen.

Weiter sind politische Maßnahmen und Begebenheiten von Bedeutung. So sehen wir Städte aus Fürstentümern entstehen. Besonders deutlich läßt sich dies bei Regensburg sehen. Diese Stadt wird im Jahre 1915 200 Jahre alt. Sie entstand, weil der Markgraf Wilhelm mit seiner einzigen Hauptstadt Durlach unzufrieden war. Mitten im Waldesland ließ sich dieser Markgraf ein Schloss bauen, und in der Umgebung dieses Schlosses durch den Zutug von Hofbeamten, Wägen und Handwerkern entstand dann die Stadt Karlsruhe. Rußland hatte hinter sich eine ganze Reihe von Hauptstädten, wäre die Residenz nicht verlegt worden, wäre z. B. Moskau die Hauptresidenzstadt des Zaren geblieben, so hätte sicherlich Petersburg seine jetzige Bedeutung nicht erlangen können. Die Preußen nicht ein Großstaat geworden und wäre nicht schließlich das Deutsche Reich entstanden, das ebenfallig in der preussischen Berlin, mitten im märkischen Lande, an der inneren unbedeutenden Spree und in der entlegenen Ecke des Deutschen Reiches gelegen, wäre schließlich nicht die Millionenstadt von heute geworden.

Internationaler Arbeiterschutz.

Eine von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz einberufenen Kommission hat am 11. und 12. Juni in London getagt. Sie war von 14 Staaten besetzt. Als Vertreter von deutschen Gewerkschaften nahmen an der Konferenz teil die Kollegen Franz Wieber, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes, F. Schwarz als Vertreter des Verbandes christlicher Keramarbeiter, Hartmann vom S.-D. Maschinenbauverband; die Gesellschaft für soziale Reform hatte als Delegierte entsandt die Herren Dr. Zimmermann, Ehr. Tischendörfer und unseren Kollegen Giesberts. Den Hauptberatungspunkt bildete die Frage der Arbeitszeit. Die Kommission hatte es sich zur Aufgabe gestellt, in erster Linie die Frage zu erörtern, in welchen speziellen Industrien eine internationale Regelung der Arbeitszeit notwendig und durchführbar erscheint. Für spruchreif erklärt wurden die Verhältnisse in der schweren Industrie. Deutscherseits lagen zu dieser Frage zwei Berichte vor, erstattet von Wieber und Hartmann. Man verständigte sich auf eine Entschlie-ßung, welche ausspricht, daß die Kommission die Nachtstundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betriebe (Tag- und Nachtarbeit) als das beste Schichtsystem ansieht. Ferner erachtet die Kommission die Nachtstundenschicht für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Hütten-, Stahl- und Walzwerken in erster Linie als notwendig und durchführbar. Die Internationale Vereinigung wird aufgefordert, an die Regierungen die Bitte zu richten, baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen mit der Aufgabe, eine Verständigung über die Einführung der Nachtstundenschicht in der Eisen- und Stahlindustrie anzustreben. Das im wesentlichen die Beschlüsse der Kommission. Im Anschluß an diese Mitteilungen sei im nachfolgenden ein kurzer Rückblick auf die Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes gegeben, wenigstens insoweit er sich auf die letzten zwei Jahrzehnte bezieht.

Wie das Jahr 1890 einen Markstein in der Geschichte der deutschen Sozialreform bedeutet, so stellt es auch zugleich einen solchen in der Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes dar. In diesem Jahre tagte in Berlin auf Einladung des Deutschen Kaisers die internationale Staatenkonferenz, die sich mit der Beratung des internationalen Arbeiterschutzes befaßte. Die Anregung zu der Konferenz ging von der kleinen Schweiz aus, wo einzelne Sozialpolitiker und der Grütlig-Berein, eine damals noch unpolitische neutrale Organisation der Sozialpolitiker und Arbeiter, sich schon jahrelang in diesem Sinne bemühten. Auch der Schweizer Nationalrat befaßte sich bereits im Jahre 1876 mit der Frage einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes; 1881 faßte diese Körperschaft sogar den Entschluß, „den schweizerischen Bundesrat einzuladen“ zwecks Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung mit den Hauptindustriestaaten. Einen praktischen Erfolg hat dieser Beschluß nicht gehabt; allerdings ist der Bundesrat auch nicht mit besonderer Begeisterung an die Frage herangetreten. Aber im Jahre 1886 griff der Grütlig-Berein den Gedanken wieder auf und richtete die strikte Forderung an den Bundesrat, nun endlich die Einladungen an die Staaten ergehen zu lassen. Der Nationalrat schloß sich dem Grütlig-Berein an, und diese gemeinsame Aktion hatte den Erfolg, daß der Bundesrat am 15. März 1889 ein Rundschreiben an die europäischen Regierungen richtete, in welchem die Abhaltung einer internationalen Konferenz vorgeschlagen wurde. Aber trotz dieses guten Willens der Schweizer wäre die geplante Konferenz doch schwerlich zustande gekommen, wenn nicht Kaiser Wilhelm in hochherziger Weise die Schweizer Anregung aufgriff, indem er die schon genannte Staatenkonferenz nach Berlin einberief. Diese wurde am 15. März 1890 eröffnet unter dem Vorsitz des damaligen Handelsministers, Freiherrn von Berlepsch. Minister von Berlepsch war ein warmer Freund des Arbeiterschutzes, und jene großherzigen Anregungen des Kaisers sind in der Hauptsache dem Rate dieses wackeren Mannes zu verdanken. Dadurch hat er sich auch den Haß der Großindustriellen zugezogen, und sie haben so lange gearbeitet, bis er schließlich gestürzt war.

Die Berliner Konferenz ging mit ziemlichem Optimismus an die Arbeit, das zeigt unter anderem das aufgestellte Programm. Es umfaßte die Regelung der Arbeit in den Bergwerken, Sonntagsarbeit, Kinderarbeit, Arbeit jugendlicher Arbeiter, Frauenarbeit. Etwas Besonderes kam jedoch bei den Verhandlungen nicht heraus, denn es zeigte sich bald, daß die tatsächlichen Schwierigkeiten hartnäckiger

und größer waren, als der gute Wille der Teilnehmer. Man sah deshalb davon ab, bindende Beschlüsse zu fassen, und begnügte sich damit, „Wünsche“ auszusprechen. Aber auch was in diesen Wünschen als Ziele für den praktischen Arbeiterschutz niedergelegt wurde, erscheint uns heute, wenigstens an deutschen Verhältnissen gemessen, recht minimal. Aber trotzdem ist diese Konferenz dem Arbeiterschutz sehr förderlich gewesen. Einmal war die ganze Frage des Arbeiterschutzes durch diese internationale Konferenz auf eine breitere Basis gestellt, und dann lag auch schon in Wünschen ein Programm von weittragender Bedeutung. Es zeigte die Richtung, in der sich vorerst der nationale Arbeiterschutz zu betätigen hatte, und die später die Grundlage für den internationalen Arbeiterschutz werden konnte.

Als die Berliner Konferenz beendet war, war auch die Bewegung für internationalen Arbeiterschutz bald eingeschlafen. Wieder war es die kleine Schweiz, die sie neu aufleben ließ. Ein am 3. April 1893 in Biel abgehaltener schweizerischer Arbeitertag beauftragte den Arbeiterbund, einen internationalen Kongreß für Arbeiterschutz einzuberufen. Die Beteiligung an diesem Kongreß „Alle“ „allen Vertretern von Arbeitervereinen, ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung, offen stehen, die das Eingreifen des Staates zugunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder als berechtigt, notwendig und dringlich betrachten und sich verpflichten, an ihrem Orte für das Inkrafttreten dieses Arbeiterschutzes ernstlich zu wirken.“ Jedoch hat es vier Jahre bis zur Verwirklichung dieser Idee gedauert, erst am 23. August 1897 trat in Zürich der Kongreß zusammen. Das Hauptverdienst des Züricher Kongresses liegt darin, daß er anregend auf die beteiligten Staaten gewirkt hat; praktische Erfolge hatte er ebenso wenig wie der Berliner Kongreß. Der Besuch war zahlreich, es waren 292 Delegierte von Arbeitervereinigungen und sozialen Korporationen und 116 Gäste anwesend. Besonders stark waren die katholischen Arbeitervereine vertreten, besonders aus Deutschland. Von hervorragenden Sozialpolitikern seien u. a. erwähnt: Jastrow, Herker, Sombart, Adolf Wagner, Frau Gnaul-Ruehne. Die Beschlüsse des Kongresses gipfelten in neun Resolutionen. Es wurden gefordert: Regelung der Sonntagsarbeit, der Arbeit der Kinder und jungen Leute, der Frauenarbeit, der Arbeit erwachsener Männer, der Nachtarbeit, Arbeit in gesundheitsgefährlichen Gewerben. Eine andere Resolution schlug Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes vor; eine weitere forderte ein internationales Arbeitsamt, und schließlich eine letzte Resolution sprach dem schweizerischen Bundesrat die Anerkennung aus für die Förderung des internationalen Arbeiterschutzes und gleicherzeit den Wunsch, diese Bestrebungen nicht ruhen zu lassen. Man sieht, es sind hier schon recht weitgehende Forderungen aufgestellt, an deren Verwirklichung nicht bloß damals noch nicht zu denken war, sondern die auch jetzt noch in absehbarer Zeit kaum möglich erscheint. Der Kongreß mag auch seinen Zweck mehr darin gesehen haben, programmatisch und anregend zu wirken. Dieses Ziel hat der Züricher Kongreß zweifellos auch gehabt.

Noch in demselben Jahre, im September 1897, fand der Brüsseler Kongreß statt. Es waren Gründe besonderer Art, die diesen Kongreß zusammenbrachten. Die umfangreichen Vorarbeiten zum Züricher Kongreß hatten die offizielle Welt nicht wenig beunruhigt. Man glaubte, das Ganze sei eine fixe Idee weltfremder Sozialpolitiker und hielt das Zusammenarbeiten der christlichsozialen Arbeiter mit den Sozialdemokraten für außerordentlich bedenklich. Auch die deutschen christlichen Sozialpolitiker waren sich über diese Frage durchaus nicht einig. Wir finden so das seltene Schauspiel, daß die christlichen Arbeitervereine in Zürich gemeinsam mit den Sozialdemokraten tagten, während die Sozialpolitiker wie Dr. Gise, Dr. Sieber, Brentano und andere der Brüsseler Konferenz beiwohnten. Die Kongreßverhandlungen erschöpften sich in theoretischen Diskussionen über die Zweckmäßigkeit des Arbeiterschutzes überhaupt. Fragenden Ergebnis hat dieser Kongreß nicht gehabt, er verlief nach jeder Richtung hin resultatlos.

Diese drei Veranstaltungen waren also praktisch ergebnislos verlaufen. Was konnten all die schönen Resolutionen helfen? Praktisch war damit nichts erreicht. Es reifte nunmehr der Gedanke, durch die Privatinitiative der gewerblichen Verwirklichung des internationalen Arbeiterschutzes vorzuarbeiten. Zu diesem Zwecke erfolgte auf dem Pariser Arbeiterschutzeskongreß im Jahre 1900 die Gründung der Internat

nationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz". Sie besteht aus Landessektionen und Einzelmitgliedern. Die deutsche Sektion besteht unter dem Namen „Gesellschaft für soziale Reform". Sie ist die stärkste von allen Landessektionen. Die Internationale Vereinigung hält statutengemäß alle zwei Jahre ihre Konferenz ab; die letzte fand vom 26. bis 28. September 1910 in Lugano statt. Auf die Arbeiten und Erfolge der Internationalen Vereinigung kann in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden.

Zu erwähnen bleibt noch das „Internationale Arbeitsamt", das den Mittelpunkt der Vereinigung darstellt. Es wurde ebenfalls auf dem Pariser Kongress beschlossen und in Basel 1901 endgültig konstituiert. Das Internationale Arbeitsamt hat wissenschaftlichen Charakter und ist politisch streng neutral. Die Kosten werden von den Staaten sowie den Landessektionen aufgebracht. Das Arbeitsamt gibt ein Bulletin heraus, das fortlaufend Bericht erstattet über die in den einzelnen Ländern getätigten sozialpolitischen Gesetze, erstattet ferner Bericht über die Bewegung für den gesetzlichen Arbeiterschutz in den Parlamenten, weiter über die Beschlüsse der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, daneben bringt es eine gute Bibliographie über die soziale Gesetzgebung in den einzelnen Ländern. Wichtig ist vor allem auch die Auskunftserteilung an die Regierungen, schon im Jahre 1908 stand das Arbeitsamt mit den meisten Amtsstellen in direkter Verbindung. Für die Förderung des Arbeiterschutzes und seine zweckmäßige Ausgestaltung hat das Internationale Arbeitsamt außerordentlich viel beigetragen.

Die Frage des internationalen Arbeiterschutzes ist gewiss eines der schwierigsten Probleme. Daß aber bei zielbewusster Arbeit auch Fortschritte zu erzielen sind, beweist die kaum 12jährige Arbeit der Internationalen Vereinigung. Ihre Arbeiten zu fördern, ist nicht zuletzt auch Pflicht der Gewerkschaften, denn nur dann werden die Bestrebungen der Internationalen Vereinigung einen Resonanzboden in den breiten Volksschichten finden, wenn sie gleichzeitig gestützt und getragen werden von den Organisationen der Arbeiter.

Allgemeines.

Die „Eis Berlin" sein Demanziantengeschäft betriebl. Der „Dziennik Berlinski" (Nr. 134 vom 16. Juni 1912) berichtet folgendermaßen:

„Es war im Juli 1907. Der derzeitige Bischof von Sina und Damaskus, Herr von v. Kopp, weilte hier in Berlin im Hotel Metropole, als er sich zu einem Apostolorum auf dem Wege nach Rom befand. Unter Redakteur, als er von der Ankunft des durch sein Vorkommen in der Dama sehr bekannt gewordenen Sinaer Bischofs erfuhr, begab sich nach dem Hotel, um ihm einen Willkommensgruß zu erwidern.

Bischof v. Kopp erwiderte sich eingehend nach den Verhältnissen der hiesigen Dama, und — als so die Unterhaltung des Bischofs mit unserem Redakteur die Rede von etwas über eine halbe Stunde erreicht, erwiderte bei ihm eine Deputation der Berliner katholischen Arbeiterorganisationen mit den Herren von Savigny, Dr. Fleischer und Generalsekretär Dr. Hornelle an der Spitze. Bischof v. Kopp, der sehr lebhaft für die Arbeiterfrage interessiert und ebenfalls in seiner Sinaer Diözese die Arbeiter auf katholischer Grundlage organisierte, empfing die Deputation sehr freundlich. Unserem Redakteur, der sich erwidern wollte, hat er, bezugsnehmend:

Roch gegenseitiger Beziehung entwickelten um die Mitglieder dieser Deputation vor dem Bischof ein allgemeines Bild des Kampfes, den die Berliner Organisation gegen die Kölner führen müsse, und in ihren Anklagen gegen die Kölner gingen sie sehr weit, ohne sich vor dem anwesenden Fremden zu genieren, dessen Name ihnen augenscheinlich unbekannt war. Mit Bewunderung erfuhr damals unser Redakteur, wie tief die Kluft ist, die die Berliner von den Kölner trennt, aber mit noch größerer Bewunderung erfüllten ihn die geschäftigen Ausführungen der Berliner gegen die Kölner. Hauptsprecher der Deputation war der Herr von Savigny, welcher mit dem Bischof von Kopp gegebenen Anklagen einen besondern Haß gegen die „Köln Sozialist." und die „Gewerkschaften" verriet. Er behauptete, daß sie nicht auf katholischem Boden stehen, daß sie sich dem Grundbesitz der Kirche und den Reibungen des Papstes widersetzen, daß sie der katholischen Sache geradezu schaden und man mit ihnen einen sehr energigen Kampf aufnehmen müsse. Roch dieser Orgie des Hasses gegen die katholischen Arbeiter und ihre Organisationen hat die Deputation den Bischof um seinen Segen gebittet.

„Ich habe mit Recht alle ihre Anklagen gegen die Kölner, die Deputation empfing mich sehr freundlich. Als sie sich entfernte, keine Worte mehr über die Angelegenheit auf diese Gesellschaft und auf die Kluft, die die Berliner von den Kölner trennt."

Damit wird bestätigt, was wir immer gesagt haben. Ein unsagbarer Ekel ergaßt einem, ob dieser widerlichen Gesellschaft. Zuerst Verleumdungen und gütigsten Haß austreuen und dann knien den bischöflichen Segen empfangen. Wui, es stößt uns etwas nach dem Hals —

Die „freien" Gewerkschaften — Unternehmerliebhaber. Den „freien" Gewerkschaften ist Heil widerfahren: sie sind aus Unternehmern und gelobt worden. Ein leibhaftiger Syndikus und Industrieller ist der freigebige Lobspender, Dr. Stapff heißt der Mann. Triumphierend verkündet's der „Vorwärts" der Welt und mit ihm die ganze rote Presse. Danach hat Herr Dr. Stapff aus Weimar, Syndikus des Verbandes Thüringer Industrieller, folgendes gesagt:

„Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder kirchlichen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle. Und man muß es den Führern der freien Gewerkschaften lassen, sie versprechen mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitkollegen zu vertreten und — das weiß ich aus eigener Erfahrung — sie nehmen bei den Verhandlungen auch Rücksicht auf die jeweils herrschende wirtschaftliche Lage in den in Frage kommenden Berufsgruppen und zeigen sich in der Regel auch als tüchtige Kenner derselben."

Was der Herr Syndikus über die christlichen Gewerkschaften sagt, läßt uns gleichgültig. Wer eine solche Unkenntnis der gewerkschaftlichen Verhältnisse bekundet, ist auf diesem Gebiete mehr noch als ein Kind. Mit solchen Leuten zu rechten, wäre von uns zu viel verlangt. Bezeichnend aber ist, daß der „Vorwärts" über dieses „Lob" ganz verzückt ist. Wenn die christlichen Gewerkschaften mal von irgendeiner Seite mit einem belobigen Wort bedacht wurden, so war das dem „Vorwärts" Beweis genug, sie als Unternehmerfreunde, Scharfmacher, Feinde und wie die lieblichen Bezeichnungen alle heißen mögen, zu verdächtigen. Ohne uns diese Beweisführung des „Vorwärts" zu eigen zu machen, können wir uns doch der Bemerkung nicht enthalten, daß der Herr Syndikus wahrscheinlich sehr gut weiß, warum er die „freien" Gewerkschaften so lobt. Ist's doch bekannt, wie sehr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Thüringer Industrie zurückstehen gegen jene in anderen Gebieten mit gleichen oder ähnlichen Verhältnissen. Und in Thüringen haben die „freien" Gewerkschaften die unumschränkte Herrschaft. Unter solchen Umständen klingt ein Lob aus solchem Munde nur bedenklich.

Selbe Gewerkschaften als politische Werkzeuge. Der gelbe Hüttenverein auf den Stannischen Werken in Reunfischen hat in seinen Statuten folgenden bezeichnenden Paragraphen 20:

„Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitgliederversammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlüsse strikte zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlungen tritt Art. 4, § 9 der Statuten (das heißt: Ausschuß aus dem Verein) in Kraft."

Es wird also den Mitgliedern des Vereins unter Androhung des Ausschlusses vorgeschrieben, wie sie bei politischen Wahlen abzustimmen haben. Wenn man dabei berücksichtigen will, mit welchem sanften und unmissigen Druck von oben die Mitglieder in die gelben Vereine hineingepreßt werden, dann ist diese Verkümmern der politischen Rechte doppelt verwerflich. Im übrigen würde ein diesbezüglicher Ausschluß auch rechtlich anfechtbar sein, da eine solche Bestimmung mit ihren Konsequenzen gegen Gesetz und gute Sitten verstößt. Im übrigen zeigt sich hier wieder, daß die unregelmäßigen Mitglieder der gelben Gewerkschaften nicht nur als Demnach gegenüber der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter, sondern gleichzeitig auch als politisch Unmündige zu Wahlzwecken mißbraucht werden sollen.

Die „christliche Streifbrecher" entstehen. Sozialdemokratische Mütter brachten dieser Tage eine gleichlautende Notiz, wonach Mitglieder des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes beim Vilaflorerstreik in Frankfurt a. M. zu Streifbrechern geworden seien. Wie uns von der zuständigen Verbandsleitung mitgeteilt wird, hat die genannte christliche Organisation in Frankfurt (Main) kein einziges Mitglied. Auch von auswärts sind keine zugezogen. Die sozialdemokratische Behauptung ist eine glatte Erfindung.

Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften. Aus Anlaß des sechzigsten Jubiläums des Wiener katholischen Gesellenvereins wurde dortselbst ein sozialer Kampf abgehalten, der sich mit dem Verhältnis der Gesellenvereine zu den christlichen Gewerkschaften befaßte. Der Salzburger Bischofskanzler Professor Franz Schütz erhub als Referent zu diesem Thema die Forderung, daß die Gesellen in die christlichen Gewerkschaften eintraten.

In der Diskussion erklärte der Generalpräsident der Gesellenvereine, Konstantin Schweiger, daß im genannten Verbandsgebiete der katholischen Gesellenvereine 24,7 Prozent der Gesellen auf christlicher Gewerkschaftsgrundlage organisiert seien, daß aber diese Zahl in den Großstädten auf 35 bis 93 Prozent hinaufgehe. Auf Grund der Erfahrungen, die man in den deutschen Gesellenvereinen mit den christlichen Gewerkschaften gemacht habe, könne konstatiert werden, daß durch die Teilnahme der Vereinsmitglieder an gewerkschaftlichen Versammlungen religiöse Befahren in keiner Weise heraufbeschworen worden seien; die Teilnahme der Gewerkschaftler an den religiösen Zusammenkünften

sowie am gesamten Vereinsleben sei durchaus wie in den christlichen Gewerkschaften. Diesem Verein sind Mitglieder. Man möge sich zu den christlichen Gewerkschaften halten wie man wolle, das eine müsse man jedenfalls zugestehen, daß diese zahllose junge Leute vor der Sozialdemokratie bewahrt haben. In den großen Städten bestimme für unsere Gesellen einfach die Notwendigkeit der Organisation; erfolge sie nicht bei den christlichen, dann müsse sie eben bei den „freien", sozialdemokratischen erfolgen, falls der Geselle Arbeit finden will. Damit ist unser Standpunkt gegenüber den christlichen Gewerkschaften präzisiert. Wir müssen sie den christlichen zuführen, wenn wir sie nicht an die Sozialdemokratie verlieren wollen. Es soll daher den christlichen Gewerkschaften in den Gesellenvereinen volle Agitationsfreiheit gewährt werden, während sie anderen ihre katholischen Mitglieder den Gesellenvereinen zuführen sollen, was übrigens in weitestem Maße geschieht.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich am Kohlenzeche Osterfeld bei Osterfeld. Durch eine Schwerkraftexplosion wurden 16 Mann getötet und schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich in einem rechten Aufbruch, der zwischen zwei Flözen hergeht und bereits zu einer Höhe von 17 Metern gediehen war. Die Explosion erfolgte durch einen Dynamitpfeifenbruch. Ueber den Vorgang wird berichtet: Der Schiefer berechnete die Schicht war in der Schicht zu liegen, von den beiden anderen Gesteinsmassen seiner zum Schießen berechnete. Es ist deshalb der Schiefer aus einer anderen Abteilung zum Abstem Schiffe in den Aufbruch gerufen worden. Aus den abgehenden für Sprengstoffe ist zu ersehen, daß der Schiefer noch gegen Ende der Schicht Dynamit in den Aufbruch genommen hat. Es waren fünf Bohrlöcher angelegt, die zunächst durch das Gestein, dann durch das 40 Zentimeter mächtige Flöz Mathias II gingen 50 Zentimeter in das Hangende weiter getrieben waren. Die Schiffe sind von dem Schiefermeister mit Zeitungsheft Sprengmaterial ist Dynamit (nicht Sicherheits Sprengstoff) verwendet worden. Das Unglück wurde durch Schuld des Schiefermeisters oder an der Schießstelle beschäftigten zwei Bergleute entstanden. Da das Kohlenflöz durchbohrt war, so durfte in den bergpolizeilichen Vorschriften nicht mit Dynamit geschossen werden. Entweder haben die Leute dem Schiefermeister nicht mitgeteilt, daß das Kohlenflöz bereits durchbohrt war, oder der Schiefermeister hat trotzdem Dynamit verwendet. Kohlenstaub hat bei der Explosion nicht gewirkt.

Demnach wäre das furchtbare Unglück durch Unachtsamkeit eines Schiefermeisters, der auch sein Leben dabei lassen mußte, entstanden. Die Leiden sind zur Unkenntlichkeit entsetzt, die Schwerverletzten haben furchtbare Brandwunden davongetragen. Die Haut hat in Fetzen vom Körper herab. Die Verletzten wurden ins Marienhospital in Osterfeld gebracht. Die von dem Unglück Betroffenen finden weitgehendste Teilnahme der gesamten Bevölkerung.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperrt sind: **Essen** (Fliesenleger) Sperre über Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Geiser. **Essen** (für Plattenleger die Zwischenmeister Geiser, Geiser über die Firmen Paul Besser an den Arbeiter der Fortis (Romar) und VIII (Nüssenberg). **Lüdinghausen** (Schneider Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Herne i. Westf.** (Sperre für Zimmerer ist die Firma Senger). **Essen a. S.** (Sperre über die Betonfirmen Hüser & Comp. und Gebrauchs Schömer). **Geseke** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Gelsenkirchen** (Fliesenleger) Sperre über Firma Hünnebed & Co. **Oberglogau**, Kreis Neustadt O. (Sperre über den Bauunternehmer Brüg wegen Nichtanerkennung des bestehenden Tarifs). **Plettenberg** (Sperre über das Baugeschäft Kirchhoff wegen Nichtanerkennung des Tarifsvertrages). **Minden i. W.** (Streik am Kanalbau der Firma Held u. Franke.) Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Hannover. **Minden i. W.** Der Streik am Kanalbau bei Firma Held & Franke geht weiter. Die Firma will den Herrenstandpunkt nicht aufgeben. Der Gewerbegerichtsvorstand von Minden hatte keine Vermittlung angeboten. Der Vertreter der Firma lehnte aber jedes Verhandlungsangebot ab. Darauf wandten wir uns an die Direktion der Firma, diese teilte uns mit, daß der Direktor bereit ist am 29. Juni in Minden mit uns zu verhandeln. Die Verhandlungen haben auch stattgefunden, jedoch wurde eine Einigung nicht erzielt. Der Direktor erklärte, daß sie bei der Veranschlagung nur mit 36 Pf. Stundenlohn gerechnet hätten und daher nicht mehr zahlen könnten. Es steht ja fest, daß die Firma Held & Franke um einhunderttausend Mark billiger war wie andere Firmen, wir sehen aber nicht ein, daß die Arbeiter die Kosten solcher Unterbietungen tragen sollen. Es werden immer noch Anstrengungen gemacht, Arbeitswillige zu bekommen. Nachdem man mit den von den Hamburger Bureau gelieferten Leuten so böse Erfahrungen gemacht hat, sucht man es in Holland. Den Leuten werden 43—48 Pf. freie Station verprochen, sie bekommen aber nur 38—43 Pf. und freie Station. Den hiesigen Arbeitern will man auf keinen Fall mehr wie 33 Pf. zahlen, ohne Verpflegung. Die Firma hat heute schon für Gewinnung von Arbeitswilligen usw. mehr ausgegeben, als die Lohnerhöhung für die Arbeiter ausgemacht hätte; es sieht daher, daß es nur der Herrenstandpunkt ist, an dem hier eine Einigung scheiterte. Die Streikenden sind einem großen Teil in andere Arbeit gebracht. Die Firma hat auch mit den Arbeitswilligen nicht viel Glück, und

einigen Tagen reisen die wenigen, die man bis Minden bekommen hat, immer wieder ab. Die Situation ist daher für die Streikenden nicht schlecht. Unsere Kollegen in anderen Bezirken, besonders da, wo man mit Holzländern zu rechnen hat, ersuchen wir, ein wachsam Auge auf etwaige Arbeitertransporte zu haben, um uns so zu helfen, den Zugang fernzuhalten.

Bezirk Königsberg.

Neustadt (Westpr.). Seit 1909 war es nicht mehr möglich gewesen — außer einem Teilvertrage mit einigen Unternehmern — zum Abschluß eines Vertrages mit dem jeweiligen Arbeitgeberverbande zu kommen. Trotzdem sich die Arbeitgeber an der Aussperrung 1910 beteiligten, waren sie zum Abschluß eines Vertrages nicht zu bewegen. Die großartigen Erfolge, welche unsere Organisation in den Jahren 1904 bis 1909 — die Lohnsteigerung betrug 70 Prozent — errungen hatte, hatte einen großen Teil der Kollegen so „begeistert“, daß sie der Organisation den Rücken kehrten. Eine kleine, aber mutige Schar von Kollegen hatte aber begriffen, daß man auf den Erfolgen nicht ausruhen kann, wenn weitere Vorteile errungen werden sollen. Die Bemühungen und die Arbeit dieser Kollegen sind nicht ohne Erfolg gewesen. Im Frühjahr setzte man hier auf der Landes-Zeremonie eine rege Agitation ein. Dieses veranlaßte unsere Mitglieder erneut mit der Agitation einzusetzen. Alsdann wurden Forderungen auf Grund des Dresdener Schiedsspruchs dem Arbeitgeberverbande, gemeinsam mit den „freien“ Gewerkschaften, übermittelt. In der ersten Verhandlung weigerten sich die Unternehmer, überhaupt irgendwelche Lohnzulagen zu bewilligen, außer der Anzahl. Nach langwierigen Verhandlungen billigten sie schließlich eine allgemeine Lohnsteigerung von 2 Pf. pro Stunde zu, dagegen verschlechterten sie die Landzulage. Unsere Kollegen waren hiermit nicht zufrieden. Inzwischen hatten wir mit der Firma Wille (Aischau), welche einen Teil der Neubauten auf der Landes-Zeremonie aufführt, einen Sondervertrag abgeschlossen, mit einer Lohnsteigerung von 4 Pf. für Maurer und Zimmerer und 3 Pf. für Bauhilfsarbeiter pro Stunde. Zu der nun darauf folgenden Verhandlung mit dem Arbeitgeberverbande wurde dann auch eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Der Stundenlohn steigt für Maurer von 16 auf 18 Pf., für Zimmerer von 11 auf 13 Pf., für Bauhilfsarbeiter von 27 auf 28 Pf. resp. Kaff. und Seidenarbeiter von 29 auf 30 Pf. Die Landzulage beträgt von 2—4 Kilometer (Landes-Zeremonie eingerechnet) 2 Pf., von 4—10 Kilometer 5 Pf. und über 10 Kilometer 7 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 15 Pf., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 20 Pf. pro Stunde Aufschlag bezahlt. Der Vertrag gilt bis 31. März 1913. Hoffentlich ziehen unsere Neustädter Kollegen die notwendigen Maßnahmen aus dieser Bewegung und bauen ihre Organisation so aus, daß sie jederzeit kampfbereit ist.

Karthaus (Westpr.). Nachdem hier am 10. Juni sämtliche Zimmerer die Arbeit niedergelegt hatten, folgten diesen am 17. Juni sämtliche Maurer und ein Teil der Arbeiter. Die Arbeitgeber, welche bis dahin nichts von einem Verhandeln mit der Organisation der Arbeiter wissen wollten, hatten sich während des Streiks eines anderen besonnen. Zunächst wurde ein Arbeitgeberverband gegründet mit Anschluß an den Westpr. Landesverband. Sodann teilten sie uns mit, daß Verhandlungen über Abschluß eines Vertrages nur mit dem Arbeitgeberverbande stattfinden. Am 29. Juni kam es nach zweistündiger Verhandlung zum Abschluß eines Vertrages bis 31. März 1913. Der Stundenlohn, welcher im vorigen Jahre noch 36 Pf. betrug und durch die Einreichung unserer Forderungen im Frühjahr auf 40 Pf. für Maurer und Zimmerer gestiegen war, beträgt von jetzt ab 44 Pf., die Landzulage 5 Pf. pro Stunde. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten werden mit den entsprechenden Zuschlägen vergütet. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Für die Bauhilfsarbeiter konnten keine tariflichen Löhne festgelegt werden, da zu wenige organisiert sind. Die Unternehmer weigerten sich hartnäckig, und zwar aus dem angeführten Grunde. Im nächsten Frühjahr, wenn dieser Vertrag abläuft, könnte auch ein Vertrag mit den Arbeitern abgeschlossen werden, meinten die Unternehmer, wenn die Arbeiter erst einmal richtig organisiert seien. Unseren ungelerten Arbeitern möge dieses ein Fingerzeig sein, was sie in der nächsten Zeit zu tun haben, nämlich alle auf Bauten beschäftigten Arbeiter der christlichen Organisation zuzuführen. Der Erfolg in Karthaus ist ein sehr guter. Glänzend ist aber auch die Haltung unserer Karthäuser Kollegen während des Kampfes. Trotz der jugendlichen Organisation ist, wenn wir von einem älteren Zimmerer, welcher unorganisiert war, absehen, auch nicht ein einziger zum Streikbrecher geworden. In der Versammlung am Nachmittag des 29. Juni, in welcher Kollege Schönefeld den Bericht von den Verhandlungen gab, herrschte eine große Begeisterung für den christlichen Bauarbeiterverband. Karthäuser Kollegen, laßt diese hehre Begeisterung in euch wach bleiben, dann werden auch in der Zukunft weitere Erfolge errungen.

Bezirk Posen

Franstadt. Am Freitag, den 5. Juli, sind die Maurer, welche dem „freien“ und dem christl. Bauarbeiterverbande angehören, in den Streik getreten. Gefordert wird für 1912 ein Stundenlohn von 39 Pf. und für 1913 42 Pf., unter Zugrundelegung einer zehnstündigen Arbeitszeit. Trotz dieser sehr mächtigen Forderung fanden es die Unternehmer nicht für nötig, auf die wiederholten Eingaben der Organisationen zu antworten. So ist den Franzstädter Kollegen einmal die Geduld gerissen und sie haben das letzte Mittel, den Streik, ergreifen müssen, um ihre unwürdigen Lohnverhältnisse zu verbessern. Hoffentlich laßt die Begeisterung bei allen Kollegen in der Weise an, wie sie es beim Beginn des Streikes zeigten.

Dachdecker.

In der Nr. 28 vom 7. Juli der „Arbeitgeber-Zeitung“ werden über die Vorgänge in der Berliner Dachdeckerbewegung die tollsten Dinge veröffentlicht. Der Schreiber des Artikels ist entweder über die Vorgänge nicht unterrichtet, oder er hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Tatsachen zu entstellen. Es wird dort wieder die von uns schon verschiedentlich widerlegte Behauptung aufgestellt, daß die Arbeitnehmer Forderungen gestellt haben. Wir stellen hier nochmals fest, daß dieses nicht der Fall ist, erinnern aber gleichzeitig an die Sitzung vom 31. Mai, wo von den Arbeitnehmern ausdrücklich erklärt wurde, daß man sich mit der Verlängerung des alten Tarifes auf weitere zwei Jahre einverstanden erklärte. Es wird dort weiter behauptet, daß von Arbeitnehmerseite keine Zugeständnisse gemacht sind. Schon aus dieser Versicherung ist zu ersehen, daß man von Arbeitgeberseite den Kampf will, oder glaubt man vielleicht, eine Organisation wird die im Jahre 1907 (also vor 5 Jahren) abgeschlossenen tariflichen Bestimmungen so ohne weiteres aufgeben? Auch das Einigungsamt hätte sich auf den Standpunkt der Arbeitnehmer stellen müssen. Warum hat man den Schiedsspruch nicht abwarten wollen? Der „Verdrehungskünstler“ weiß sich auch darüber zu entschuldigen, indem er schreibt: Daß die Arbeitnehmer das Einigungsamt angerufen haben, ist eine reine Formsache, das sich aber bis jetzt als vollständig zwecklos bewiesen hat. Warum als zwecklos? Auch hier sucht der Künstler wieder die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Wie unwissend der Artikelschreiber ist, beweist er weiter damit, daß er seine Kenntnisse über die Vorgänge aus den politischen Zeitungen genommen hat. Dort wurde in derselben Weise, wie in der „Arbeitgeberzeitung“ berichtet, so daß wir jetzt wohl nicht zögern, zu behaupten: Der Artikelschreiber sucht nicht nur in der „Arbeitgeberzeitung“ die Lässlichkeit zu täuschen, sondern hat auch die öffentliche Meinung durch die Berichte in der politischen Presse mit denselben Unwahrheiten bearbeitet. Wenn man sich dann weiter beschwert, daß die Bauherren bei Streiks und Aussperrungen die Arbeitgeber so wenig unterstützen, so ist dieses doch aber nach unserer Meinung wenigstens kein Grund, den Arbeitnehmern den bereits bestehenden Tarif zu verschlechtern. Wenn man dann über den Ablauftermin jammert, daß er nicht die günstigste Zeit bietet, so kann man doch von den Arbeitnehmern nicht schließlich verlangen, daß sie so ohne weiteres diesen Termin aufgeben. Es ist doch wahrhaftig keine, von den Arbeitgebern so viel gepriesene „Parität“, wenn man das, was man für sich in Anspruch nimmt, dem Gegner freitig machen will. Wird aber in dem besagten Artikel angegeben, daß die Hilfsarbeiter noch Löhne von 40—50 Pf. erhalten, so sollte man auch hier die Ungerechtheit doch bald einsehen. Wenn der Hilfsarbeiter einen Lohn von 40 Pf. verdient, so muß man sich ohne weiteres fragen, wie ist es möglich, daß ein solcher Arbeiter noch dazu Saisonarbeiter bei den heutigen Verhältnissen leben kann. Seit Montag, den 1. Juli, arbeiten die Dachdecker tariflos. Wir können bereits feststellen, daß verschleierte Arbeitgeber Abzüge vornehmen, so hat unter anderen der Arbeitgeber H. die Fahrgebuentschuldigung in Abzug gebracht. Darum, Kollegen, seid bereit, wenn man euch ruft. Besucht jede Versammlung, und teilt der Zeitung alle Vorgänge sofort mit.

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe.

Entscheidung 250 (Höchst a. M.).

Die Berufungen gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts zu Frankfurt a. M. vom 14. Februar dieses Jahres werden wegen Unzuständigkeit des Zentralschiedsgerichtes zurückgewiesen.

Gründe:

In Höchst besteht Streit darüber, ob die Ausführung von Betonarbeiten zu den von Maurern und Zimmerern in ortsüblicher Weise auszuführenden Arbeiten gehören. Die Meinungsverschiedenheiten haben zur Verhängung der Sperre über eine dem Arbeitgeberverbande angehörige Firma geführt.

Das Schiedsgericht in Frankfurt a. M. hat unterm 14. Februar dahin entschieden, daß die verhängte Sperre aufzuheben ist mit der Begründung, daß in Höchst in ortsüblicher Weise die Betonarbeiten von den Maurern und Zimmerleuten ausgeführt werden.

Die Arbeiter haben sich dieser Entscheidung nicht gefügt und unterm 25. April 1912 mit der in Betracht kommenden Firma einen Sondervertrag abgeschlossen, worauf erst die Aufhebung der Sperre erfolgte.

Sowohl der Arbeitgeber-Verband als der Deutsche Bauarbeiterverband und der Zimmererverband haben sich an das Zentralschiedsgericht mit Anträgen gewandt, welche einerseits den Vollzug der Frankfurter Entscheidung, andererseits deren Aufhebung forderten.

Das Zentralschiedsgericht konnte auf all diese Anträge nicht weiter eingehen, da seine Zuständigkeit zur Entscheidung der strittigen Frage nicht gegeben erscheint. Es handelt sich lediglich um die Auslegung des Begriffes: Ortsüblichkeit im Sinne des Tarifvertrages. Diese Frage betrifft jedoch rein örtliche Verhältnisse, worüber nur die örtlichen Instanzen endgültig zu entscheiden hatten.

Es war deshalb zu erkennen, wie geschehen. Durch diese Entscheidung wird der mit der fraglichen Firma nachträglich abgeschlossene Vertrag in keiner Weise berührt.

Entscheidung Nr. ? (Nürnberg—Fürth und Umgebung).

- 1. Die Sache an die erste Instanz zurückzuverweisen.
2. Herrn Rechtsrat Dr. Merkel zu bitten, das Amt des Vorsitzenden der Schlichtungskommission wieder zu übernehmen, und, falls dieser ablehnen sollte,
3. den zuständigen Herrn Oberbürgermeister zu bitten, einen Vorsitzenden zu ernennen.

Gründe:

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Nürnberg, hat im Oktober 1911 über den Betrieb eines Steinsetzmeisters in Nürnberg wegen angeblicher Zahlungsunfähigkeit die Sperre verfügt. Ein Einigungsversuch hatte keinen Erfolg. Der Arbeitgeberverband bewirkte nun die Einberufung einer Schlichtungskommission; der Bauarbeiterverband teilte jedoch dem unparteiischen Vorsitzenden der Kommission, Rechtsrat Dr. Merkel, mit, daß er weder an dieser Sitzung noch an ferneren Sitzungen in dieser Angelegenheit teilnehmen werde, da die Schlichtungskommission nicht zuständig sei: denn die Sperre sei wegen Zahlungsunfähigkeit des Meisters verhängt und habe daher nicht mit den Bestimmungen des Tarifvertrages zu tun; ferner sei der Meister auch kein Unternehmer, sondern Arbeiter, und endlich müßten Lohnforderungen einzelner Personen bei dem Gewerbegerichte vorgebracht werden. Eine Verurteilung des Meisters durch das Gewerbegericht sei schon einmal erfolgt, doch wegen seiner Mittellosigkeit ohne Ergebnis geblieben.

In dieser ablehnenden Haltung verharrte der Bauarbeiterverband trotz zweimaliger Erklärung des Vorsitzenden, daß der Termin abgehalten werden müßte, und daß wegen der Zuständigkeit nur die Kommission selbst Entscheidung treffen könne.

Der Verhandlungstermin wurde dann auch durch das Nichterscheinen eines Vertreters des Bauarbeiterverbandes verfehlt. Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für Nürnberg-Fürth und Umgebung stellte nun an das Zentralschiedsgericht den Antrag, zu entscheiden, daß die Sperre unzulässig und vertragswidrig sei, daß demnach die Organisationen der Arbeitnehmer mit allen Mitteln auf Beseitigung dieses vertragswidrigen Zustandeszuzuwirken hätten, und daß es ein Verstoß gegen den Tarifvertrag sei, wenn ein Vertragsteil absichtlich das Zusammenstreuen und die Entscheidung einer vertraglichen Instanz verhindert.

Dem ersten Teile dieses Antrages konnte das Zentralschiedsgericht nicht zustimmen, da die tatsächlichen Verhältnisse nicht festgestellt waren. Dagegen ist die Verpflichtung der Arbeitnehmer, an der Schlichtungskommission teilzunehmen, im § 5 des Hauptvertrages bezeugt: die einseitige Parteibehauptung, daß die örtliche Instanz unzuständig sei, befreit sie nicht von der Mitwirkung in der Instanz, denn über die formelle Voraussetzung der Unzuständigkeit kann nur die örtliche Instanz entscheiden, da sonst jede Partei in der Lage wäre, das Zusammenstreuen der örtlichen Tarifinstanzen durch die Behauptung der Unzuständigkeit jederzeit zu hindern.

Die Sache war daher an die Vorinstanz zurückzuverweisen. Die weiteren Beschlüsse des Zentralschiedsgerichtes sind durch die Niederlegung des Vorsitzes der Schlichtungskommission seitens des Herrn Rechtsrats Dr. Merkel veranlaßt.

Entscheidung Nr. ? (Ergänzung der Geschäftsordnung).

Die Geschäftsordnung wird in folgenden Punkten ergänzt bzw. abgeändert:

- 1. In § 1, Zeile 3, ist hinter das Wort „aber“ zu setzen: „die anderen vier Unparteiischen und“;
2. hinter § 1 folgt § 1a: „Die Anwesenheit von drei Unparteiischen genügt. Bei Anwesenheit von vier Unparteiischen enthält sich der Verhandlungsleiter der Abstimmung.“
3. In § 7, Zeile 1, ist statt „acht“ zu setzen: „zehn“;
4. in §§ 11 und 12 fällt bei „die drei Unparteiischen“ die Zahl „drei“ fort.

Entscheidung Nr. ? (Tschoc).

Von Seiten des Herrn Silberschmidt wurde in dieser Sache folgender Vorschlag gemacht, der einstimmige Zustimmung fand und zum Beschlusse erhoben wurde:

„Bis zum 30. Juni 1912 sollen die beteiligten Organisationen durch ihre Leiter den Versuch machen, zu einem Vertragsabschlusse zu gelangen. Gelingt dieser nicht, soll Herr Magistratsrat von Schulz gebeten werden, eine Einigung zu versuchen.“

Entscheidung Nr. ? (Teilnahme an den Zentralschiedsgerichtssitzungen).

Der Antrag des Deutschen Arbeitgeberbundes wird abgelehnt.

Gründe:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beantragt, die Geschäftsordnung des Zentralschiedsgerichtes, wie folgt, zu ergänzen:

Wir würden städtische oder sogar staatliche Arbeitsnachweise befrachten. Wir betrachten die Sperre der Zimmerer als Unstun, weil wir kurz vor dem Ablauf der Tarifverträge stehen und bei den Verhandlungen Gelegenheit gegeben ist, seine Wünsche zu vertreten. Mit dieser Ansicht stehen wir nicht allein, auch sind es nicht nur die Unternehmer, die nach Deder diese Ansicht teilen, nein, auch führende „Genossen“ teilen dieselbe. Uns läßt das ganze Geschehen kalt, wir werden, unbekümmert um solche streitsüchtige, erregte Seelen, die Interessen unserer Kollegen vertreten, Leuten wie Deder werden wir es nie recht machen können.

Heinrich Bohmann, Vorsitzender.

Eine Massenkundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Unterbadens.

„Den Eindruck konnte man nicht unterdrücken, daß es sich hier um einen großartigen Rückwärts handelt in der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Denn eine Massenbegeisterung, wie sie gestern in Kirrlach unter den Arbeitern und Arbeiterinnen zutage trat, kann nicht ohne gute Gründe bleiben.“ In diesen zwei Sätzen faßt der „Badische Beobachter“ kurz und treffend den Eindruck zusammen, den die Massenkundgebung der unterbadischen christlich-nationalen Arbeiterschaft am Sonntag, den 23. Juni, in Kirrlach auf den Augen- und Ohrenzeugen machte. Etwa 10 000 Teilnehmer, Mitglieder konfessioneller Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und der christlichen Gewerkschaften, hatten sich eingefunden, einerseits, um vor aller Deffentlichkeit zu erklären, daß sie gewillt und entschlossen seien, die alte Waffenbrüderschaft zwischen konfessionellen Arbeitervereinen und interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften auch für die Folge zu pflegen, andererseits, um vor aller Deffentlichkeit einmütig scharfen Protest zu erheben gegen die von den Vertretern des „Berliner“ Systems gegen die christlichen Gewerkschaften erhobenen Verleumdungen.

Wir können an dieser Stelle über die Kundgebung natürlich nur im Auszuge berichten. Um 1 Uhr sammelten sich die Massen zu einer gewaltigen Demonstrationssammlung auf dem Marktplatz. Kopf an Kopf gedrängt füllten sie den weiten Platz. Die Freitreppe des Rathauses diente als Podium.

Etwas ganz Eigenartiges, so führte u. a. Herr Diszernant Dr. Reibach aus, ist diese Massenkundgebung der gewerblichen Arbeiterschaft auf dem Lande. Dadurch werden blühartig unsere neuen Verhältnisse beleuchtet. Während man früher sagen konnte, die Landwirtschaft ernährt zum größten Teile das Volk, ist es heute so, daß nur noch ein Drittel von der Landwirtschaft leben kann; 40 und noch mehr Prozent leben von der Industrie. Die Industrie ist vielfach hinausgewandert auf das Land. Wir haben neue Verhältnisse bekommen, und diese neuen Verhältnisse erfordern auch neue Wege in der Politik, in der sozialen Frage, in religiösen Leben und in der Pastoration. Der Arbeiterstand ist der Stand der neuen Zeit; 20 Millionen der deutschen Bevölkerung gehören heute dem Stande der Arbeiter an. Seine Lage ist bedeutend besser geworden, und wer heute noch sagt, der Arbeiterstand ist die „Klasse der Proletariat“, der versteht nichts von unserer sozialen Lage. Bei den letzten Wahlen hat es über vier Millionen sozialdemokratische Stimmen gegeben. Wenn einer glauben wollte, diese Stimmenzahl sei allein das Werk einer maßlosen Verheerung, der verstünde die Psychologie der Massen nicht. Ein großer Teil ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter unzufrieden sind mit ihren Verhältnissen.

Wir rühnen uns der Fortschritte des wirtschaftlichen Lebens, die durch nichts besser illustriert werden, als durch den Reich Englands. Wer hätte vor 30 Jahren geglaubt, daß wir ihm den Rang streitig machen im Welthandel? Nicht allein Kapital und Technik haben das geschaffen, sondern auch der Stand der Arbeiter hat dazu mitgeholfen. Jedem, was ihm gebührt; aber Kapital und Geist waren es nicht allein, die das Werk geschaffen, auch die Arbeiterschaft hat mitgearbeitet mit Fleiß und Energie. Darum verlangen wir, daß dem Arbeiter auch das gegeben wird, was ihm gebührt.

Das soziale Leben im Deutschen Reich ist eine Organisation, die lebt, die nicht zusammengekehrt ist wie eine Puppe, der man ein Glied wegreißen kann, ohne daß es ihr wehe tut. Die große Nation kann nur gesund sein, wenn der Arbeiterstand gesund ist. Das gilt auch von den Sitten und dem religiösen Leben. Im engsten Sinne des Wortes „national“ liegt es, daß der Arbeiterstand zu dem gelangt, was ihm gebührt. Was nützen die besten Kanonen und Mörser, wenn das Volk keine gesunden Nerven hat? Wir können den nationalen Kampf nur durchführen, wenn wir ein Volk haben, das sittlich auf der Höhe steht.

Wer soll es aber machen? Der Staat allein? Nein! Wir haben gesunde Arme und Beine und einen ordentlichen Kopf; wir wollen uns auf eigene Füße stellen, wir wollen mit dem Kopf nicht durch die Wand, aber vorwärts!

Wir wollen uns organisieren, wir wollen persönliche Opfer bringen, wir wollen unsere christlich-nationale Arbeiterschaft zu einer Organisation machen, die etwas zwischen kann, die Herr werden kann gegen den großen Gegner, der gegen uns kämpft. Das wahre soziale Empfinden in anderen Ständen ist selten. Auch unter uns sind viele, die sagen, wir müssen zusammenhalten, aber es sind wenige da, die echt sozial gesinnt sind, die sich organisieren aus Liebe zum Stande. Ich möchte davon überzeugen, daß die erste Stunde geschlagen ist. Redner weist hin auf die großen Fortschritte, die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung gemacht hat. Sozialdemokraten sind schlau, sie verschleiern auf dem Lande ihre Ziele, sie gründen dort Vereine der roten Arbeiter, Arbeitergefangenvereine. Eine Menge von unseren

christlich-nationalen Arbeitern schließt sich ihnen an und hilft so die Position unserer Gegner verstärken. Auch in den „freien“ Gewerkschaften sind viele von unseren katholischen Arbeitern. Die freien Gewerkschaften nennen sich heute wohl neutral, obwohl ihnen das Rot zu allen Knopflöchern herauskaut.

Ich freue mich, vor einer solchen Schar katholischer und evangelischer Männer sprechen zu dürfen. Der hochwürdigste Herr Erzbischof hat mich beauftragt, Ihnen allen den Dank auszusprechen für Ihr mutvolles und energisches Arbeiten, um Ihnen zu zeigen, daß der Herr Erzbischof auf Ihrer Seite steht und Interesse zeigt für Ihre religiösen und sittlichen Bestrebungen. (Stürmischer Beifall.)

Redner wies dann treffend die Notwendigkeit der Religion auch für den Arbeiter nach; selbst die Sozialisten sehen heute ein, daß es mit dem Materialismus allein nicht geht. Der Sozialdemokrat Hans Müller nennt die religiösen Motive den Motor der sozialen Entwicklung. Darum müssen wir darauf ausgehen, unsere Arbeiter in den konfessionellen Vereinen zu sammeln und sie zu stärken und zu stützen im religiösen und sittlichen Leben. Nur ein Arbeiterstand, der sittlich hochsteht, wird das ausrichten, was ihm obliegt. Wir können uns aber nicht allein beschränken auf das religiöse und sittliche Leben.

Kein christlicher Mann sagt: Für euch! im Himmel wird alles vergolten! Man sagt nur: Wenn ihr's nicht ändern könnt, dann ertragts! Nehmt aber Kopf und Hand zusammen und sucht die Leiden und Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Darum habe ich von Anfang an auf Seiten der christlichen Gewerkschaften gestanden. Sie sind so notwendig, wie die konfessionellen Arbeitervereine. Hier liegt unsere Macht. Wenn es nicht gelingt, eine Position zu schaffen, die einigermaßen standhalten kann den freien Gewerkschaften, dann arbeiten wir umsonst; dann werden unsere Arbeiter gezwungen werden, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen und dann wird allmählich das verloren, was wir an Religion und Sittlichkeit in ihre Herzen gepflanzt haben. (Sehr richtig!)

Heute ist es durch das sozialdemokratische Tarifvertragsmonopol in Baden schon so weit, daß kein christlich organisierter Arbeiter mehr einen Platz findet, weil die sozialdemokratische Organisation bestimmt hat, daß kein anderer als Freigewerkschaftler mehr eingestellt werden darf. (Beifall.) Wir stehen aber in diesem Kampf nicht allein; von den 20 Millionen Arbeitern sind über eine halbe Million in den konfessionellen Arbeitervereinen und 360 000 in den christlichen Gewerkschaften organisiert und von den übrigen nur zwei Millionen in den freien Gewerkschaften. Von den noch unorganisierten 17 Millionen gehören sehr viele zu uns. Sie zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein.

Weiter sprach in dieser Versammlung noch die Kollegen Kott und Reinhardt, die zu energischer Verarbeitung für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeiter- und Jugendvereine aufforderten. Auf dem Festplatz im Kirrlacher Wald hielt Herr Pfarrer Kummer die Begrüßungsansprache, weiter sprachen hier die Kollegen Erling und Reichstagsabgeordneter Schiffer. Letzterer führte in seiner Rede u. a. aus:

Die Gegner jubelten zu früh! Die christlich nationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steht da als ein „Köder de bronze“, wie ein Fels in der Brandung. Die mit uns befreundeten konfessionellen Arbeitervereine haben weit über 400 000 Mitglieder; die christlichen Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre 35 000 und im ersten Drittel des laufenden Jahres weitere 10 000 Mitglieder gewonnen, sie zählen jetzt 360 000 zielbewußte Anhänger. Und alle diese organisierten Arbeiter sind durchdrungen von den Idealen des Christentums, der gegenseitigen Treue und der Opfertätigkeit für ihre gute Sache. Unsere Massen sind nicht bankrott, wie die der Berliner, unsere materiellen Leistungen können sich sehen lassen.

Wer die Aufrichtigkeit der von den christlichen Gewerkschaften 1899 in Mainz aufgestellten Grundsätze anzweifelt, den weisen wir energisch zurück. Wir erklären feierlich: Wir bleiben, was wir waren: gute katholische bzw. evangelische Christen, die sich durch niemanden ihren Glauben und ihre religiöse Überzeugung nehmen lassen. Wir wissen, was wir unserem Herrgott und unserer Kirche schuldig sind. Da brauchen wir keine Belehrung von „Berlin“, und wir protestieren gegen die fortgesetzten Verdächtigungen und Verdrehungen von dieser Seite. Wir gehen nicht nach Berlin, aber auch nicht zu den Sozialdemokraten. (Beifall.)

Wir lachen über die heuchlerischen Falschpredigten der sozialdemokratischen Presse, welche die katholischen Arbeiter der Rebellion und Respektlosigkeit gegen ihre geistliche Obrigkeit bezichtigt und uns Vorlesungen darüber hält, was wir als gute Katholiken zu tun haben. Die Herrschaften sollen uns noch einmal mit Angriffen auf die Religion und ihre Vertreter kommen: wir werden ihnen ihre Artikel aus den jüngsten Tagen um die Ohren schlagen. (Beifall.)

Nein, wir gehen nicht nach „Berlin“! Wir gehen aber auch nicht zu den Sozialdemokraten! Deren Schadenfreude wird an der Geschlossenheit und Grundhaftigkeit, an dem Eifer und der unermüdbaren Verarbeitung der christlichen Arbeiter zerplatzen. Wir sind im Kampfe groß geworden und werden auch aus diesem neu gestählt und gestärkt hervorgehen. Redner wies dann eingehend die bekanntesten Verleumdungen der „Berliner“ zurück. Was unsere „Reisellen“, (Jugend-) Vereine bleiben zwecks religiöser Festkulturpolitik; mit den „Berliner“ Volkentumudshim-Ideen sei in der Welt der rauhen Wirklichkeit nichts anzufangen. Darum könnten die Vorgänge der letzten Wochen an den Grundsätzen und der praktischen Wirksamkeit unserer Bewegung nichts ändern.

Folgende Resolution fand darauf einstimmige Annahme:

„Die christlich-nationale Arbeiterschaft Unterbadens, organisiert in konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften, zu einer großen Kundgebung von 10 000 Personen in Kirrlach versammelt, erklärt:

Wir stehen seit zu unserem Glauben, treu zu Gott und Vaterland. Gegenüber der religions- und staatsfeindlichen Sozialdemokratie haben wir uns zu entschlossener Abwehr vereinigt. Unsere Arbeiterinteressen vertreten und fördern wir mit gesetzlichen und sozialen Mitteln. Unsere Organisationen lehnen die sogenannte „Berliner“ Fachabteilungs-Idee ab, weil eine konfessionelle Absonderung im Wirtschaftsleben Deutschlands eine Katastrophe darstellt. Eine solche Abgliederung würde die christlich gesinnte Arbeiterschaft zur Bedeutungslosigkeit verurteilen und lediglich den Feinden von Thron und Altar zugute kommen.

Aus diesen Gründen erheben die Versammelten scharfen Protest gegen die von den Vertretern des Berliner Systems gegen die christlichen Gewerkschaften erhobenen Angriffe und Verleumdungen. Die guten Beziehungen zwischen katholischen und evangelischen Arbeitervereinen einerseits und den christlichen Gewerkschaften andererseits sollen unerschütterlich und widerstandsfähig werden. Konfessionelle Standes-, Arbeiter-, Bewegung wolle, sei eine vernünftige Gewerks- und Abmündung und Vertiefung und staatsbürgerlicher Schulung unserer Arbeiterschaft eine Notwendigkeit. Nicht minder aber auch die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften behufs Verteidigung der wirtschaftlichen Arbeiterrechte.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft des Badener Landes hält daher an der unter vielen Mühen, Opfern und Kämpfen geschaffenen christlichen Gewerkschaftsbewegung unentwegt fest, da sich die Grundlagen derselben vollumfänglich bewährt haben. Konfessionelle Arbeitervereine und christlich-nationale Gewerkschaften sollen nach wie vor nebeneinander, miteinander und füreinander wirken zum Segen unseres Standes und zum Wohle der Allgemeinheit.“

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Gutenberg-Bund, Vereinigung Deutscher Buchdrucker, zählte Ende 1911 3102 Mitglieder; das sind 128 Mitglieder mehr als im Vorjahre. Wenn man berücksichtigt, daß 97 Prozent aller Buchdruckergehilfen bereits organisiert sind und wenn man weiß, welchen Terrorismus der sozialdemokratische Buchdruckerverband betreibt, so ist diese Entwicklung erklärlich. Dazu kommt, daß die tariflichen Institutionen dem Gutenberg-Bund fortgesetzt Schwierigkeiten machen und den sozialdemokratischen Verband begünstigen.

Die Massenverhältnisse des Gutenberg-Bundes sind gute zu nennen. Die Einnahmen betragen insgesamt 137 197,33 M., das ist gegen das Vorjahr mehr 10 346,05 M. Die Ausgaben betragen 97 929,93 M., gegenüber dem Vorjahr weniger 1963,24 M. Insbesondere fällt bei den Ausgaben die erwähnte Verringerung der Arbeitslosenunterstützung auf. Diese ermäßigte sich gegen das Vorjahr um 6700,25 M., gegen das Jahr 1909 um 10 957,75 M. Der Vermögensbestand erhöhte sich bei der Hauptkasse von 412 482,23 M. auf 451 095,27 M. Zu diesem Bestande treten noch die in den Ortsvereinen vorhandenen Kassenbestände in Höhe von 115 592,57 M., so daß das Gesamtvermögen des Gutenberg-Bundes 566 687,84 M. beträgt. Es wurden ausgezahlt: Kranken- und Reiseunterstützung 13 680,25 M., Invalidenunterstützung 10 810 M., Zuschuß zu Umzugskosten 1968 M., Ertraunterstützungen (in Notfällen) 928 M. Der Gutenberg-Bund unterstützte ferner Mitglieder in der sachlichen Weiterbildung mit rund 1000 M. Der sechsen erdichtene Jahresbericht schildert eingehend die Kämpfe um die Gleichberechtigung beim Abschluß der letzten Tarifrevision im Buchdruckgewerbe.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Abnahme der Geburtenziffer in Deutschland. Die Abnahme der Geburtenziffer und dadurch herbeigeführt der Stillstand in der Bevölkerungszahl haben in Frankreich schon seit langer Zeit zu ersten Besorgnissen Anlaß gegeben. Aber auch in Deutschland tritt jetzt die Frage der Abnahme der Geburtenziffer ernstlich hervor. Bedingt weil es in Deutschland gelungen ist, die Sterblichkeitsziffer ganz wesentlich herabzudrücken, treten die Folgen des Rückganges der Geburtenhäufigkeit noch nicht so sehr in die Erscheinung. Höchstwahrscheinlich ist aber der Punkt bald erreicht, bei dem ein weiterer Rückgang der Sterblichkeitsziffer nicht mehr möglich ist, und dann wird auch die Zunahme der Bevölkerung im bisherigen Umfange nicht mehr möglich sein. Während der letzten vier Jahrzehnte zeigte die Geburtenhäufigkeit im Deutschen Reich im Jahre 1876 ihren höchsten Stand. Seit diesem Jahre ist beinahe ununterbrochen ein Rückgang der Geburtenziffer eingetreten. Im Jahre 1876 kamen auf je 1000 Einwohner 42,6 Geburten. Bereits im Jahre 1877 betrug die Geburtenhäufigkeit nur noch 41,6, und dann fiel die Geburtenhäufigkeit, unterbrochen von Jahren mit einer kleinen Steigerung, auf 38,5 im Jahre 1881, auf 38,2 im Jahre 1891, auf 37,5 im Jahre 1896, auf 36,9 im Jahre 1901 und auf 31,9 im Jahre 1909. Auch die vergangenen Jahre haben wieder einen Geburtenrückgang gebracht. Der Geburtenrückgang von 42,6 im Jahre 1876 auf 31,9 im Jahre 1909 bedeutet einen Rückgang der Geburtenhäufigkeit um über 25 Prozent. Prozentual wesentlich größer ist allerdings die Sterblichkeitshäufigkeit. Auf je 1000 Einwohner kamen Todesfälle 28,1 im Jahre 1876, 26,9 im Jahre 1881, 24,7 im Jahre 1891, 22,1 im Jahre 1896, 21,8 im Jahre 1901 und 18,1 im Jahre 1909. Der Sterblichkeitsrückgang von 28,1 im Jahre 1876 auf 18,1 im Jahre 1909 macht

einen Rückgang von 35,6 Prozent aus. Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts zeigt aber, daß das Verhältnis, wonach die Sterblichkeitsziffer stärker sinkt als die Geburtenhäufigkeit, auf die Dauer kaum bestehen bleiben wird; denn in diesem Zeitraum ist die Geburtenhäufigkeit allein um 13,3 Prozent gefallen. Sind die Geburtenhäufigkeit und die Sterblichkeitsziffer in den letzten Jahrzehnten fast ununterbrochen zurückgegangen, so zeigt der Bevölkerungszuwachs in den einzelnen Jahren mancherlei Schwankungen. In manchen Jahren machte sich nämlich die Auswanderung sehr stark bemerkbar. Im Jahre 1876 kam auf je 1000 Einwohner ein Bevölkerungszuwachs von 14,6 Personen, der Bevölkerungszuwachs fiel aber dann infolge der starken Auswanderung auf 10,7 im Jahre 1883, und erst nachdem die deutsche Auswanderung als Massenerscheinung verschwunden war, zeigte sich wieder ein höherer Bevölkerungsüberschuß. Den höchsten Bevölkerungsüberschuß mit 15,8 Bevölkerungszunahme auf je 1000 Einwohner zeigten die Jahre 1898 und 1902. Seit dieser Zeit ist wieder ein Rückgang eingetreten; denn im Jahre 1909 betrug der Bevölkerungsüberschuß auf je 1000 Einwohner 13,8. Ueberblicken wir den ganzen Zeitraum von 1876 bis jetzt, so hat sich die Bevölkerungszunahme nicht sehr verringert. Der Rückgang von 14,6 im Jahre 1876 auf 13,8 im Jahre 1909 bedeutet eine Abnahme um 5 Prozent. Dabei kommt aber in Betracht, daß Deutschland in früheren Jahrzehnten stets Wanderungsverluste hatte, während jetzt in Deutschland Wanderungsgewinne beobachtet werden, das heißt, daß jetzt ein Teil des Bevölkerungszuwachses aus Eingewanderten besteht, wogegen früher Deutschland stets mehr Auswanderer als Zuwanderer hatte. Wäre während der letzten Jahrzehnte die Sterblichkeitsziffer nicht wesentlich zurückgegangen worden, so wäre Deutschland heute auch schon ein Land mit beinahe stagnierender Bevölkerung. Bei gleichbleibender Sterblichkeitsziffer wie im Jahre 1876 wäre der Bevölkerungszuwachs auf je 1000 Einwohner zusammengeschrumpft auf 8,8 im Jahre 1901 und auf 8,8 im Jahre 1909. Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, haben auch wir alle Ursache, der Bevölkerungsfrage erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Noch ein weiteres Jahrzehnt starken Sinkens der Geburten bei gleichbleibender Sterblichkeitsziffer, und auch Deutschland ist ein Land mit wenig zunehmender Bevölkerung.

Gerichtliches.

Königsberg i. Pr. Am 6. Juni d. J. verhandelte das hiesige Schwurgericht gegen den sozialdemokratisch organisierten Bauhilfsarbeiter Heyerabend. Unser Kollege Graumann, welcher als alleiniger christlich organisierter Arbeiter auf dem Neubau des Rautermeisters Klein beschäftigt war, wurde auf Veranlassung des Heyerabend, welcher dort Bandellegierter war, erschossen. Das Gericht erkannte gegen Heyerabend auf eine Strafe von 3 Wochen Gefängnis.

Aus dem Baugewerbe.

(Wie die Zeit nach dem Brande, Schuttberge, teilweise Rettungsarbeiten nach dem Brande, welche der Brande für die Stadt in Leipzig im Jahre 1912.)

Stadtd. (Brandfall.) Am 26. Juni fiel ein bei der Eisenbahnstation Brand-Gladbeck am Neubau der Schule Zweckel beschäftigter Arbeiter 8 Meter hoch herunter und zog sich schwere innere Verletzungen zu, so daß derselbe mittels Krankenwagens dem hiesigen Krankenhaus zugeführt werden mußte. Nach Angaben der Mitarbeiter war derselbe damit beschäftigt, die in Beton befindlichen Eisen der Frontmauer zu befestigen. Entweder ist er dabei nach vorn abgestürzt, oder er ist auf das mangel-

hafte Gerüst abgesprungen und mit diesem in die Tiefe gegangen. Am folgenden Tage war man damit beschäftigt, das Schutgerüst ordnungsmäßig herzustellen. Wie immer: wenn das Kind ertrunken ist, deckt man den Brunnen zu.

Dogendorf i. S. Während der Arbeit stürzte der Schieferdeckermeister Degel und sein Gehilfe Günther von einer hohen Scheune ab und erlitten tödliche Verletzungen.

70 Arbeiter bei einem Mauereinsturz getötet. In Protokowf bei Saratow stürzte am 16. Juni die Mauer einer Knodenzfabrik ein und begrub zahlreiche Personen unter ihren Trümmern. Siebzig Arbeiter sind bei der Katastrophe getötet worden.

Versammlungskalender.

Achtung! Strelino.

Am 14. Juli, mittags um 2 Uhr, findet im lokale des Herrn Kontiewicz eine

außerordentliche Versammlung

statt. Alle Kollegen werden dringend gebeten, der Versammlung beizuwohnen. Referent erscheint.

Bekanntmachungen.

Bezirk Frankfurt a. M.

Mit Genehmigung des Zentralvorstandes berufen wir auf Grund des § 7 unseres Verbandsstatuts eine Bezirkskonferenz nach Frankfurt a. M. ein. Dieselbe findet am Sonntag, den 4. August im Rechenaal, Langstraße 29, statt und beginnt vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
2. Bericht der Delegierten.
3. Welche Pflichten erwachsen unseren Mitgliedern im Hinblick auf die gegenwärtige und zukünftige Situation?
4. Erledigung der Anträge und Verschiedenes.
5. Neuwahl des Bezirksvorstandes.

Jede dem Bezirk angehörige Verwaltungsstelle ist laut Statut verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden, und hat dieser über den Stand seiner Verwaltungsstelle zu berichten. Die entstehenden Kosten haben die Verwaltungsstellen selbst zu tragen. Die Wahl der Delegierten ist so bald wie möglich vorzunehmen und sind die Adressen der Gewählten, sowie etwaige Anträge bis spätestens zum 30. d. M. an den Bezirksleiter einzureichen. Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch vorzulegen. Ohne dieses keinen Zutritt.

Der Bezirksvorstand:

J. M. Damian Schleicher, Frankfurt a. M., Schurgasse 73.

Rechtsrat. Rechtsrat wird den Kollegen jeden Dienstag, abends von 7 bis 8 Uhr, erteilt. Das Rechtsratbureau, Gladbecker Str. 6, ist für unsere Kollegen in diesen Stunden (unter Vorzeigung der Mitgliedsausweise) zur Benutzung empfohlen. Der Vorstand.

Aufforderung.

Bei dem Aufenthalt des Kollegen Herrn Kremer, möge seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen lassen. Duisburg, 6. Juli 1912.

J. A. E. Schilling, Realschulstr. 2.

Achtung! Verwaltungsstelle Coblenz. Die Adresse des Kollegen Anton Frink ist nicht Elzerhoffstraße, sondern Elzerhoffstraße 18.

Achtung!

In **Hamborn** ist ein Mitgliedsbuch auf den Namen Josef J. J. J., Maurer, geb. 16. Januar 1882 zu Ganten Buch-Nr. 8954, gefunden worden, dasselbe kann bei den Unterzeichneten in Empfang genommen werden.

Dasselbe kann auch einer Anzahl Maurer und Bauhilfsarbeiter Arbeit nachgewiesen werden.

M. J. J. J. J., Oberhausen, Düppelstr. 4.

Sterbetafel.

Am 13. Juni 1912 starb unser lieber guter Kollege **Philipp Bröge** bei einer Bahnfahrt, wo er erkrankt. Selbiger diente in Berlin beim I. Garde-regiment zu Fuß.

Am 27. Juni starb der Kollege **Franz Bustolter** aus Wittau an Lungenerkrankung im Alter von 52 Jahren. Zahlstelle **Horst-Emscher**.

Am 3. Juli starb unser Kollege **Jos. Decker** an Nierenwasser im Alter von 43 Jahren. Derselbe war Mitgründer unserer Zahlstelle. Wir verlieren an ihm ein treues Mitglied und werden sein Andenken in Ehren halten.

Zahlstelle **Düren, Dachbeder**. Ihre ihrem Andenken!

Eine wertvolle Gabe bietet jedem Leser unserer Mathe das hervorragende und weltbekannte Verbands-geschäft **Jonas u. Co., Berlin, N. O. 672**, durch ihren 600 Seiten starken Bruchkatalog mit 4000 Abbildungen von Taschenrechnern, Banduhren, Schmutzmaschinen aller Art, photographische Apparate, Geschenkartikel für den praktischen Gebrauch und Luxus, Sprechmaschinen und Musikinstrumente. Die Firma liefert alles dieses auf Teilzahlung gegen bequeme monatliche Raten. Der Besteller bekommt die gewünschte Ware und die Verzinsung geschieht in monatlichen Raten. Welche enormen Umwälzungen die Firma betätigt, beweist der Umstand, daß nach amtlicher Zusammenstellung in einem einzigen Monat von alteren 13 927 briefliche Nachbestellungen eingegangen sind. Der Kundenkreis der Firma ist außerordentlich groß und in 28 000 Orten Deutschlands vorhanden. Hervorragend ist insbesondere der Verkauf von jährlich 25 000 Uhren. Kein Interessent veräume, diesen Bruchkatalog sofort zu verlangen. Die Zusendung desselben erfolgt umsonst, portofrei und ohne Kaufzwang. Die genaue Adresse lautet: **Jonas u. Co., Berlin, N. O. 672, Welle-Alliance-Straße 3.**

Die beste medizinische Seife ist unbedingt die allein echte **Stockenford-Teerschwefel-Seife** von **Korner & Co., Hamburg**. Denn nur letztere befeuchtet alle Arten von Hautauschlägen und Hautunreinigkeiten, wie Milchesser, Bläschen, Flecken, Gesichtsrötze, à St. 50 Pf. Ferner macht der Cream „DADA“ (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weiß und sammetweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.

Jch hab's.

Wir gedeihen hier in Leipzig, Sechster 21, ein **christliches Gasthaus**

Zimmer mit 1, 2, 3 und 4 Betten im Preise von 75 Pf. bis 1,50 M. pro Bett. Städtische Zimmer sind mit Zentralheizung und elektrischem Licht ausgestattet. Große und freundliche Restaurationsräume. Wassercisternen im Hause.

Wir erlauben uns, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf dieses neue Gasthaus aufmerksam zu machen und sie zu bitten, dort einzutreten, falls sie nach Leipzig kommen.

Der Verein für Innere Mission zu Leipzig.

Schwere Leiden

sind häufig die Folgen vernachlässigter Krampfadern. Bei Beinschwellungen, Aderbeinen, Geschwulst, Entzündung, nasser Flechte, Salbfluß, trocken Flechte, Gelenkverdrückung, Steifigkeit, Plattfuß, Rheuma, Gicht, Ischias, Hüftweh, Fisteln, Elephantiasis wird Ihnen die Broschüre: **Lehren und Rat-schläge für Beinleiden** nützlich sein. Gratis zu beziehen durch: **Sanitätsrat Dr. R. Wehe & Co., Hamburg 21, 1.**

Emil Hohlfeldt, Dresden-N. 4, Ritterstraße 2 u. 4. **Spezialfabrikation und Versand** von **Berufsbekleidung** für Zimmerer, Maurer, Banarb. usw. Preisliste a. Verlangen freit. Hans. **Telef. Ludwig Neumann, 18686.** Dresden-A.

Jagdrad-Fahrräder Beste Mach. Billigste Preise. **Deutsche Waffen- u. Fahrrad-Fabriken** in Krefeld (Hart) Nr. F. 278.

Der Kauf einer Kasse ist Vertrauenssache! Für 40 Mark Für 50 Mark versende ich eine hochgelagerte hochreife **Praxis-Kasse** (System Engel) zum Fuß-betrieb, mit allen notwendigen Bestandteilen, leicht, stabil, haltbar. **Wassch., Dampf-, Wring- und Säge-Maschinen** zu konstruieren billiger Preis. Viele Anzeigen von Deutschland, Niederlande, Litauen, Schweden etc. **K. Müller,** Markt 11, Leipzig. **Mark. 11, Leipzig**

Likör-Extrakte zur Selbstherstellung köstlicher Liköre usw. **Frucht-Extrakte** zur Selbstherstellung alkoholfreier Limonaden. Versand von H. Wehner und Likören nach allen Post-stationen. **Prospekte gratis** = **Johann Grell,** Wipplingerstr., Berlin-Rosenthaler Ort, Holstenstraße 17.

Waldsägen, Latzer, Drechselmaschinen **Milner & Co.,** Maschinenfabrik, Dresden, Wilschstraße 30.

Echte Briefmarken 100 St. Afrk. Arab. 2,- 500 verschiedene nur 3,50 1000 - - 11,- 2000 - - 48,- **Max Herbat, Markthaus, Hamburg 83.** **Georg Wilmstr., Friedrichsplatz u. franko.**

J. Gürtner, Eisen-, Metall- u. Maschinenhandlung **Newmooan** Brühl 41 **Grünertstraße 4** Leipzig **Telephon 9743** **Spezialität: Ankauf von Gasmotoren, Holz-bearbeitungsmaschinen u. Dampfanlagen gegen Kasse.** Fernsprecher Nr. 1674.

Respiratoren f. gas-, gift-, rauch- u. staubhalt. Raum. **Vertrieb durch:** H. E. Müller, Weimar 54. **Kauft bei den Inferenten der Baugewerkschaft.** Für Telegramme: **Rieslerco, Dresden.**

Carl Riessler, Zivilingenieur Dresden-A. 10, Kaulbachstraße 19 **Maschinen- und technisches Geschäft.** **Spezialität: Gasmotore aller Systeme, Dampfmaschinen, Dymos etc. phant in neu vergrößerten Zustände unter Garantie** **Geld- und Dokumentenschranke** in allen Größen, neu und gebraucht. **Ferner: Holzbearbeitungsmaschinen, Werkzeugmaschinen u. gewerbliche Maschinen jeder Art** **Eigene Reparatur-Werkstatt**